

Sächsisches Archivblatt

Heft 2/2004



Freistaat  Sachsen

Staatsministerium des Innern

Sächsisches Archivblatt 2/2004

Mitteilungen der Sächsischen Archivverwaltung

- Herausgeber:** Sächsisches Staatsministerium des Innern, Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden, Tel.: (0351) 564-3442, Fax: (0351) 564-3409
- Schriftleitung und Redaktion:** Dr. Jörg Ludwig (Sächsisches Staatsministerium des Innern),
E-Mail: joerg.ludwig@smi.sachsen.de
- Redaktionsbeirat:** Dr. Lorenz Friedrich Beck (Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden)
Dr. Hans-Christian Herrmann (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig)
Dr. Burkhard Nolte (Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz)
Raymond Plache (Sächsisches Bergarchiv Freiberg)
- Redaktionsschluss:** 7. Oktober 2004
- Titelfoto:** Titelblatt eines Prospekts der Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst, Entwurf von A. Niemeyer, München 1910. Der Prospekt, der keinen eigenen Titel trägt, beinhaltet Entwürfe für Zimmer und Einzeilmöbel von R. Riemerschmid, A. Niemeyer, K. Bertsch, O. Gussmann und W. Kreis.
HStADD, 11764, Deutsche Werkstätten Hellerau, Nr. 2495
- Satz und Druck:** Lausitzer Druck- und Verlagshaus Bautzen
- Bezug:** Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Archivstraße 14, 01097 Dresden;
Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Schongauerstraße 1, 04329 Leipzig;
Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz, Schulstraße 38, 09125 Chemnitz;
Sächsisches Bergarchiv Freiberg, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg

Das Sächsische Archivblatt erscheint halbjährlich und wird kostenlos abgegeben.

Vervielfältigung mit Quellenangabe gestattet

Verteilerhinweis:

Das Sächsische Archivblatt wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Das Archivblatt darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor der Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wählerversammlungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung der Mitglieder zu verwenden.

Der Freistaat Sachsen ist im Internet vertreten: <http://www.sachsen.de>

INHALTSVERZEICHNIS

Prüfung der Sächsischen Archivverwaltung durch den Rechnungshof abgeschlossen (<i>Dr. Jürgen Rainer Wolf</i>)	3
Deutsche Werkstätten Hellerau – ein wertvoller Archivbestand (<i>Bernd Scheperski</i>)	3
Zur Benutzung der sächsischen Staatsarchive seit 1990 (<i>Dr. Jörg Ludwig</i>)	5
Begutachtung von flutgeschädigtem Archivgut im Hauptstaatsarchiv Dresden – Studienpraktikum im Fachbereich Restaurierung (<i>Heidi Lennig</i>)	8
Münzfund im Staatsarchiv Chemnitz (<i>Dr. Michael Wetzel</i>)	10
Einsatz vor Ort. Behördenpraktikum der Archivreferendare (<i>Dr. Mathis Leibetseder/Dr. Rouven Pons</i>)	11
Projekt „Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter“ in Sachsen erfolgreich abgeschlossen (<i>Dr. Jörg Ludwig</i>)	12
Verzeichnisdienste – Active Directory in der staatlichen Archivverwaltung (<i>Bernward Helfer/Jörg Werzinger/Christian Wortmann</i>)	15
Startsignal für zukunftsweisende Baumaßnahmen (<i>Dr. Volker Jäger</i>)	17
Überblick unter Tage – Beständeübersicht des Bergarchivs Freiberg erschienen (<i>Dr. Andreas Erb</i>)	18
Schlüssel zur Geschichte der Leipziger Region – neue Beständeübersicht des Staatsarchivs Leipzig (<i>Birgit Richter</i>)	19
„32 Millionen im Gepäck“ – Innenminister Rasch zu Besuch im Hauptstaatsarchiv Dresden (<i>Dr. Peter Wiegand</i>)	20
Tag der Archive 2004 – Entdeckungsreise durch sächsische Archive (<i>Dr. Jörg Ludwig</i>)	20
Archivarsaustausch zwischen Sachsen und Tschechien fortgeführt (<i>Petra Sprenger</i>)	21
Archive leisten einen Beitrag für die Wissensgesellschaft (<i>Dr. Hans-Christian Herrmann</i>)	22
Neu erworbene Nachlässe im Staatsarchiv Leipzig (<i>Dr. Hans-Christian Herrmann</i>)	22
Ausstellungen zu aktuellen Themen im Staatsarchiv Leipzig (<i>Dr. Hans-Christian Herrmann</i>)	22

Sachverständigenausschuss konstituiert <i>(Silke Birk)</i>	23
Mehr als 33.000 Besucher sahen Ausstellung „Passage Frankreich–Sachsen“ in Schloss Moritzburg <i>(Dr. Lorenz Friedrich Beck)</i>	23
Ortsgeschichte braucht Archive <i>(Dr. Hans-Christian Herrmann)</i>	24
Staatsarchiv Leipzig beim „Tag der Sachsen“ in Döbeln <i>(Birgit Richter)</i>	24
Rezensionen	25

Gründung des Sächsischen Staatsarchivs zum 1. Januar 2005

Am 1. Januar 2005 entsteht das Sächsische Staatsarchiv. In der neuen Landesoberbehörde werden das Staatsarchiv Chemnitz, das Hauptstaatsarchiv Dresden, das Bergarchiv Freiberg, das Staatsarchiv Leipzig sowie das Referat Archivwesen des Staatsministeriums des Innern zusammengefasst. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe standen noch einige Entscheidungen zur Organisation aus. Es ist vorgesehen, im nächsten Archivblatt über die neue Fachbehörde des staatlichen Archivwesens in Sachsen zu berichten.

Die Redaktion

Prüfung der Sächsischen Archivverwaltung durch den Rechnungshof abgeschlossen

Auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtages stand am 26. Mai dieses Jahres der Jahresbericht 2003 des Sächsischen Rechnungshofes. Nach kurzer Debatte stimmte das Plenum bei einer Stimmenthaltung der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zu. Erst am 19. Mai hatte dieser einstimmig zu Einzelplan 03 Sächsisches Staatsministerium des Innern, zu Nr. 7 Sächsische Archivverwaltung, votiert: „Die Darlegungen des Sächsischen Rechnungshofes werden zur Kenntnis genommen“.

In der Landtagsdebatte war lediglich der Freiburger CDU-Abgeordnete Gottfried Teubner, der auch Berichterstatter des Ausschusses war, auf diesen Punkt ausführlich eingegangen. Er hatte sich darauf bezogen, dass nach einer intensiven öffentli-

chen Diskussion über die Thesen des Rechnungshofes zur Digitalisierung als modernes Medium der ersatzweisen Archivierung nunmehr eine Verständigung zwischen dem Rechnungshof und dem Innenministerium erzielt wurde. Die vom Kabinett gemäß dem 2001 vorgelegten Gutachten zum Unterbringungsbedarf der Archivverwaltung bis 2020 zustimmend zur Kenntnis genommene Archivkonzeption wird danach nach Abschluss der unumstritten notwendigen Baumaßnahmen voraussichtlich 2010 evaluiert werden.

Die Archivverwaltung wird durch Weiterentwicklung modellhafter Bewertungsinstrumentarien, insbesondere die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Anbieterspflicht sowie von Archivierungsclustern nach Quoten oder alphanumerischer

Vorauswahl, das nach archivwissenschaftlichen Methoden zu archivierende Schriftgut der Gerichte, Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen des Freistaates begrenzen. Bei der Evaluierung wird ein besonderes Augenmerk den dann erkennbaren Auswirkungen der sachsenweiten Einführung der elektronischen Vorgangsbearbeitung gelten, die nach derzeitigem Planungsstand ab 2006 die Verwaltung umfassend von der Führung von Papier-Akten entlasten soll. Dabei wird auch wichtig sein, ob, wie und mit welchem Aufwand die Archivierbarkeit dieser elektronischen Daten dann für die künftigen Generationen gesichert werden kann. Teubner würdigte diese konstruktive Lösung als in aller Interesse liegend.

*Dr. Jürgen Rainer Wolf
Staatsministerium des Innern*

Deutsche Werkstätten Hellerau – ein wertvoller Archivbestand

Die Möbelindustrie in Dresden wurde und wird vor allem durch die Deutschen Werkstätten Hellerau geprägt. Der Name steht für Tradition – im Sinne individueller Fertigung in der Serienproduktion und handwerklicher Qualität. Diesem Anspruch sind die Deutschen Werkstätten Hellerau seit mehr als 100 Jahren treu geblieben.

Für die 1898 gegründeten Deutschen Werkstätten arbeiteten viele namhaf-

te Künstler wie Peter Behrens, Karl Bertsch, Hans Hartl, Josef Hillerbrand, Wilhelm Kreis, Hermann Muthesius, Adelbert Niemeyer, Bruno Paul, Richard Riemerschmid, Adolf G. Schneck, Heinrich Tessenow und Henry van de Velde. Besonders innovative Leistungen der Möbelentwicklung und Gestaltung waren 1906 die erste maschinelle Fertigung von Möbeln nach Entwürfen von Riemerschmid, 1910 der erste Einsatz von

Sperrholzplatten, 1935 die „wachsende Wohnung“ von Bruno Paul, 1950 der Einsatz verformten Lagenholzes (Menzel-Stuhl), 1957 die komplettierungsfähigen Einzelmöbel sowie 1967 die Montagemöbel Deutsche Werkstätten (MDW-Programm). Neben der Fertigung von Möbeln gehörte immer auch der Innenausbau zum Produktionsprofil. Vom VEB Deutsche Werkstätten Hellerau wurden z. B. die Semperoper Dresden,

der Kulturpalast Dresden, das Gewandhaus Leipzig und das Schauspielhaus Berlin eingerichtet. Diese Tradition fand nach 1990 ihre Fortführung im Innenausbau des Sächsischen Landtages, der Synagoge Dresden und des Auswärtigen Amtes in Berlin (Gebäude des DDR-Außenministeriums).

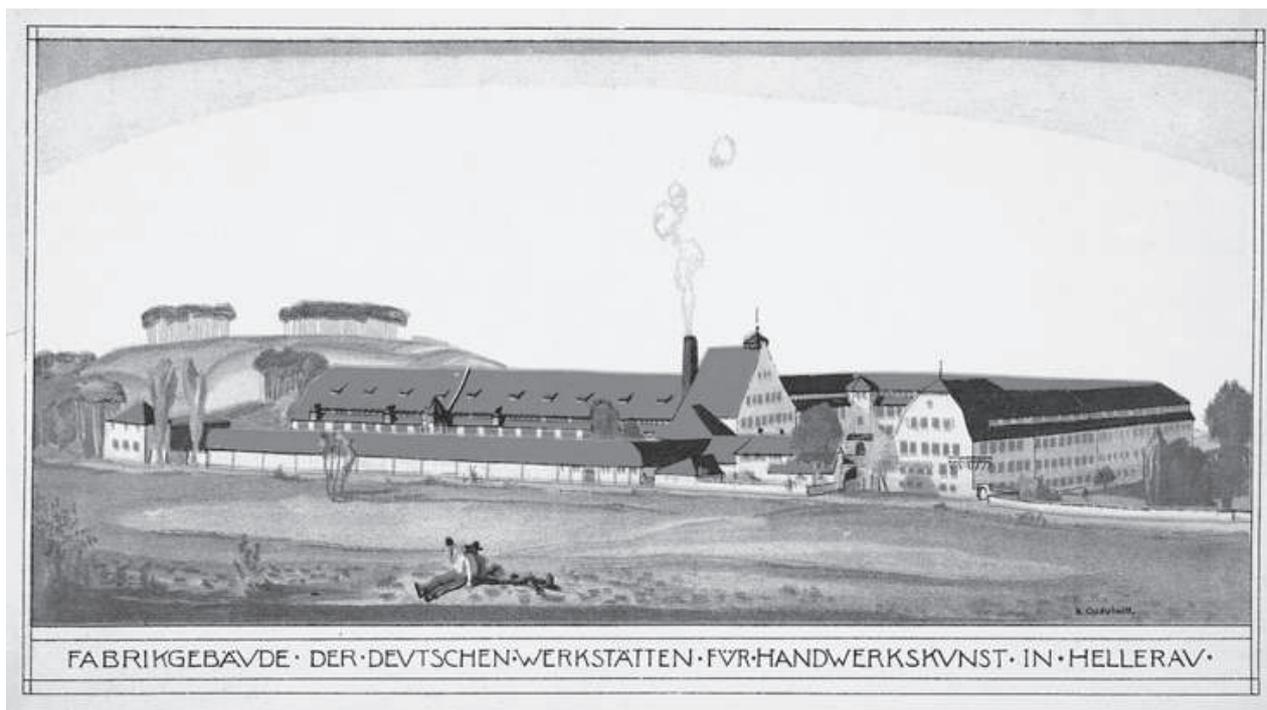
Die Entwicklung der Firma, die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Künstlern und Architekten und die Gestaltung der Möbel spiegeln sich in der archivischen Überlieferung wider. Insofern verwundert es nicht, dass das Landesamt für Denkmalpflege das Archiv der Deutschen Werkstätten 1997 in die Liste der Kulturdenkmäler des Freistaates Sachsen aufgenommen hat. Die Sicherung der kulturgeschichtlichen Quellen wurde 1999 mit der Übernahme der Unterlagen in das Sächsische Hauptstaatsarchiv Dresden fortgesetzt (s. Sächsisches Archivblatt 2/1999). Zwischen der Übernahme und heute liegen fünf Jahre, die durch intensive Erschließungsarbeiten und Bestandserhaltungsmaßnahmen geprägt waren.

Das Interesse vieler Benutzer im In-

und Ausland, die Quellen der Deutschen Werkstätten in die jeweiligen Forschungsvorhaben einbeziehen zu können, war schon immer sehr groß. Aber erst mit der Übernahme der Unterlagen in das Hauptstaatsarchiv Dresden konnte diesem Wunsch in fachlich angemessener Weise entsprochen werden. In enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Werkstätten Hellerau GmbH wurde ein gemeinsamer Weg gefunden, um das Archivgut zu erschließen. Die Firma als Eigentümerin des Archivgutes stellte finanzielle Mittel zur Verfügung, um im Rahmen von Projekten bzw. studentischer Nebentätigkeit Drittkräfte für die Arbeiten zu gewinnen. Die fachliche Betreuung und Anleitung erfolgte durch Mitarbeiter des Hauptstaatsarchivs Dresden. Mit der rechnergestützten Erfassung der Unterlagen im Archivprogramm Augias wurde sofort nach der Übernahme im November 1999 begonnen. In dieser Phase der Bearbeitung galt es, so schnell wie möglich das Archivgut der Forschung zur Verfügung zu stellen. Innerhalb von zwei Jahren konnte dieses Vorhaben abgeschlossen werden. Um die wertvollen Archiva-

lien vor Umwelteinflüssen wie Staub und Licht sowie vor mechanischen Beschädigungen bei der Lagerung zu schützen, wurden die Unterlagen anschließend in säurefreien Dreiklappmappen und Archivkartons verpackt und etikettiert. Parallel zu dieser Arbeit erfolgte die Entmetallisierung. Dabei mussten in aufwändiger Handarbeit verrostete Büroklammern bzw. Metallteile aller Größen und Art entfernt werden. Insgesamt wurden 120 lfm Archivgut aus der Zeit von 1898 bis 1998 bearbeitet.

Der Benutzer kann nun anhand des Findmittels seinen Interessen entsprechend recherchieren: nach Aufsichtsrats- und Generalversammlungsprotokollen, Geschäftsberichten und Bilanzen, Informationen zur Demontage, Unterlagen der Kombinatleitung und des Stammbetriebes, nach Verträgen mit Künstlern, Projektunterlagen und Originalzeichnungen von Einzelmöbeln, Inneneinrichtungen und Häusern, nach Katalogen, Prospekten oder Unterlagen zur Gartenstadt Hellerau. Darüber hinaus sind ca. 13.160 Fotos, Bilder, Glasplatten, Negative und Dias im Bestand enthalten, die nach themati-



Bruno Goldschmitt: Fabrikgebäude der Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst in Hellerau, um 1915
HStADD, 11764 Deutsche Werkstätten Hellerau, Nr. 4412

schen Gesichtspunkten (z.B. Inneneinrichtungen, Ausstellungen, Personen und Ereignisse, Holzhäuser) klassifiziert wurden. Vor der Einsichtnahme in die Unterlagen muss allerdings die Zustimmung der Deutschen Werkstätten Hellerau GmbH eingeholt und im Hauptstaatsarchiv Dresden vorgelegt werden.

Die Deutschen Werkstätten Hellerau haben die Kultur- und Wirtschaftsgeschichte in Deutschland, ja sogar in Europa beeinflusst. In seinem 1993 erschienenen Buch "Vom Sofakissen zum Städtebau" über die Geschichte der Deutschen Werkstätten und der Gartenstadt Hellerau fasst Klaus-Peter Arnold zusammen: "Hellerau hat noch immer europäischen Klang und ist bis heute ein Meilenstein in der Geschichte der Architektur, des Städtebaus, des Kunstgewerbes, des Theaters und des Tanzes sowie der Literatur geblieben."

*Bernd Scheperski
Hauptstaatsarchiv Dresden*



Transportfahrzeuge aus dem Fuhrpark der Deutschen Werkstätten Hellerau vor dem Fabrikgebäude, 1938

HStADD, 11764 Deutsche Werkstätten Hellerau, Nr. F 1213

Zur Benutzung der sächsischen Staatsarchive seit 1990

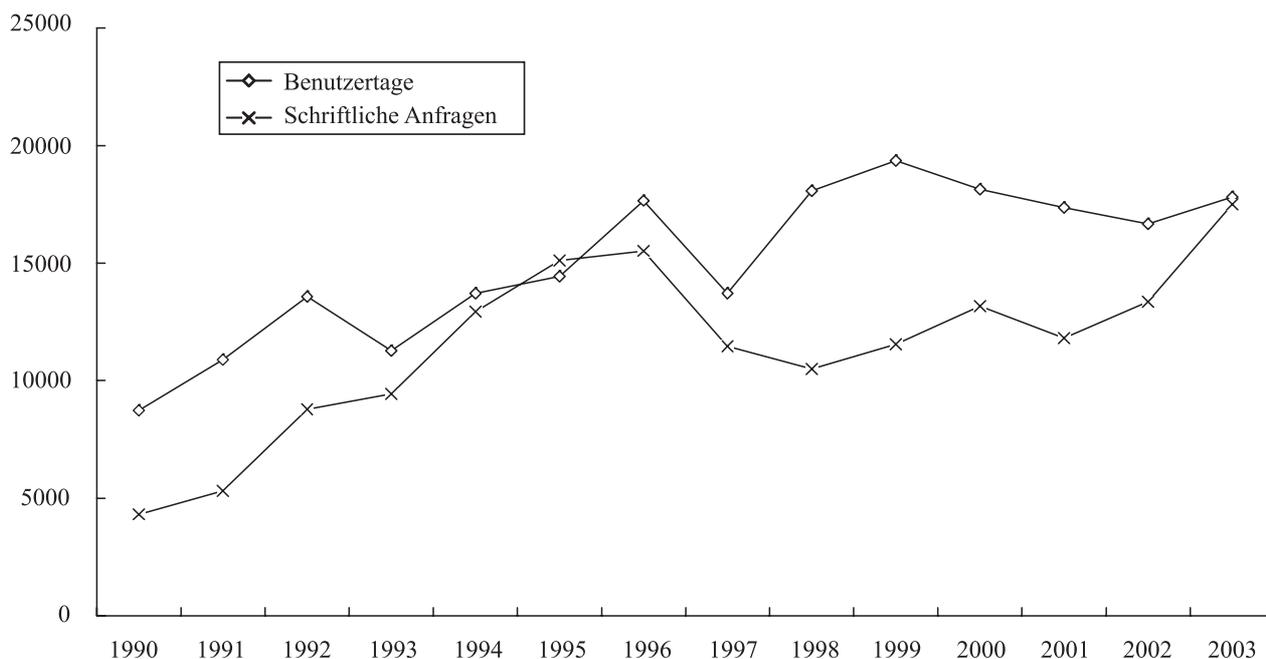
Eine im Jahr 2003 durchgeführte Umfrage des Bundesarchivs, deren Ergebnisse im Heft 2/2004 des „Archivars“ veröffentlicht worden sind, hat gezeigt, in welcher umfangreicher Weise die ostdeutschen Staatsarchive durch Anfragen zur Klärung offener Vermögensfragen in Anspruch genommen werden. Ungeachtet der dabei zu Tage getretenen hohen Anfragenzahl und der politischen Bedeutung des ganzen Themenbereiches betreffen diese Auskünfte allerdings nur einen sachlich und zeitlich begrenzten Ausschnitt der Archivbenutzung. Es fehlt – das ist aber nicht als Kritik an dem im „Archivar“ abgedruckten Beitrag zu verstehen – die Einordnung der vermögensrechtlichen Auskünfte einerseits in die gesamte Auskunftstätigkeit und die sonstige Benutzung der Archive, andererseits auch in den Gesamtverlauf

der Archivbenutzung seit 1990, mit seinen Höhen und Tiefen.

Es ist in diesem Zusammenhang sicher nützlich, am Beispiel eines Bundeslandes kurz auf beide Aspekte einzugehen. Im Folgenden soll daher die Benutzung der sächsischen Staatsarchive in den letzten Jahren (genauer gesagt, in den Jahren 1990 – 2003) skizziert und der gegenwärtig erreichte Stand, auch mit Blick auf andere Bundesländer, eingeschätzt werden.

Da die persönliche Einsichtnahme im Archiv sowie die Erteilung schriftlicher Auskünfte schon allein mengenmäßig die wichtigsten Formen der Archivbenutzung sind (lässt man die Anfertigung von Reproduktionen einmal beiseite), kann die quantitative Entwicklung der Archivbenutzung an den Zahlen der Benutzertage und der schriftlichen Auskünfte abgele-

sen werden. Die für Sachsen verfügbaren Zahlen (vgl. Diagramm auf S.6) machen deutlich, dass es in den Jahren unmittelbar nach der Wende zu einem regelrechten „Ansturm auf die Archive“ kam. Von 1990 bis 1996 wuchsen die Benutzertage der sächsischen Staatsarchive um ca. 100 %, die schriftlichen Anfragen sogar um 260 %. Bei den schriftlichen Anfragen wurde die stürmische Wachstumsperiode der Nachwendezeit im Jahr 1997 zunächst beendet. Für zwei Jahre folgte eine rückläufige Tendenz, doch dann stabilisierten sich die Zahlen auf hohem Niveau und stiegen vor allem im Jahr 2003 wieder stark an. Bei der Benutzung im Archiv wurde der Höhepunkt im Jahr 1999 erreicht; seitdem ist die Zahl der Benutzertage leicht rückläufig, doch hat es 2003 wieder einen Zuwachs gegeben.



Für den „Ansturm“ auf die sächsischen Staatsarchive nach 1990 gab es viele Gründe. Zum einen fielen Zugangsbeschränkungen der DDR-Zeit weg. Die Archive verließen den Zirkel der politisch oder fachlich definierten Exklusivität; sie öffneten sich stärker für „Jedermann“, das heißt, für Benutzer ohne offizielles Begleitschreiben einer Institution, für Benutzer, die keiner wissenschaftlichen Einrichtung angehörten, oder für Benutzer aus dem westlichen Ausland. Das bedeutet nicht, dass die wissenschaftliche, besonders geschichtswissenschaftliche Benutzung absolut zurückgegangen wäre. Gerade bei den akademischen Forschungsthemen – z. B. zur sächsischen Landesgeschichte – bestand ein großer Nachholbedarf, so dass zahlreiche Studenten, Promovenden oder Habilitanden bei weitem nicht nur sächsischer Hochschulen die Staatsarchive aufsuchten. Einen Boom gab es aber auch im Bereich der Heimatgeschichte. Zahlreiche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hatten die Erstellung von Ortschroniken oder die Vorbereitung von Stadt- und Gemeindejubiläen zum Ziel; zudem benutzten Vorruehändler oder Rentner für heimatgeschichtliche Arbeiten nun verstärkt die Archive.

Zum anderen kamen auch Personen, die mit Hilfe der hier vorhandenen Unterlagen erlittenes Unrecht nachweisen oder sich politisch rehabilitieren wollten. Dabei ging es nicht zuletzt um den Rückerwerb enteigneten Besitzes, um Entschädigungszahlungen oder um andere Vermögensangelegenheiten. Es war dies eine Archivbenutzung, wie sie typischerweise nach gesellschaftlichen Umbrüchen auftritt, vorausgesetzt, die alte politisch herrschende Klasse verfügte über einen bürokratisch organisierten Verwaltungsapparat, der seine Entscheidungen schriftlich dokumentierte und diese Dokumente aufbewahren ließ.

Parallel zu dieser direkten Inanspruchnahme der Archive kam es zu einem dramatischen Anstieg schriftlicher Anfragen, insbesondere amtlicher Art. Wie bereits angeführt wurde, war der Anstieg schriftlicher Anfragen weit höher als der Anstieg der „direkten“ Benutzungen. Denn im Rahmen der politischen oder beruflichen Rehabilitation, der Vermögensrestitution oder Entschädigung wurden Ämter tätig, die bei der Entscheidungsfindung häufig auf Archivadokumente zurückgriffen. Neben die amtlichen Anfragen traten zahlreiche private, die ebenso auf Eigen-

tums- und Rehabilitierungsfragen zielten, häufig aber auch auf Beschäftigungs- und Entgeltbescheinigungen für die Rentenberechnung oder auf genealogische, wissenschaftliche oder heimatkundliche Zwecke.

Eine besondere Art von Auskünften, die 2002 und 2003 in den Staatsarchiven in großer Menge eingingen, waren die Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiter im Rahmen des Entschädigungsverfahrens (s. hierzu in diesem Heft den Beitrag: Projekt „Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter“ in Sachsen erfolgreich abgeschlossen). Vor allem im Jahr 2003 ist der starke Anstieg schriftlicher Auskünfte auf das Projekt „Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter“ zurückzuführen.

Wenn in den sächsischen Staatsarchiven 2002/03 jährlich ca. 17.000 Benutzertage registriert wurden, soll auch gefragt werden, wie Sachsen damit im deutschen Ländervergleich dasteht. Als Basis für eine solche Gegenüberstellung können Daten für das Jahr 2002 dienen, die im Statistischen Jahrbuch des Bundes (Ausgabe 2003 auf S. 420) zum Archivwesen von Bund und Ländern veröffentlicht wurden, nämlich Angaben zu Um-

fang der Überlieferung, Benutzertage und Personal. Nicht einbezogen in den Vergleich werden die Daten des Bundes und der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg, denn es handelt sich hier um Archivverwaltungen, die denen von Flächenländern sicher nur bedingt gegenübergestellt werden können.

Für unsere Fragestellung relevant ist zunächst die Angabe der Benutzertage. Was deren absolute Zahl anbelangt, so liegt Sachsen mit 16.666 Benutzertagen auf Platz 2 aller Bundesländer und wird nur von dem sowohl flächen- als auch bevölkerungsmäßig erheblich größeren Bayern (29.743) übertroffen. Die Plätze 3 und 4 belegen Niedersachsen (15.967) und Nordrhein-Westfalen (15.506). Da sich einwenden lässt, dass der Vergleich absoluter Zahlen

für Länder ungünstig ausfallen könnte, die kleiner sind als Sachsen, wurde die Zahl der Benutzertage auch in Relation zur Einwohnerzahl des jeweiligen Bundeslandes gesetzt, wobei sich die Reihenfolge in Tabelle 1 ergab.

Benutzertage je 100 Einwohner	
Sachsen	3,80
Thüringen	3,78
Mecklenburg-Vorpommern	3,14
Bayern	2,41
...	...
Durchschnitt	1,73

Tabelle 1

Eine Interpretation von Zahlen über die Archivbenutzung ist auch möglich, wenn das verfügbare Personal berücksichtigt und wenn gefragt

wird, in welchem Maß die verwahrten Unterlagen benutzt werden. Hierbei soll gelten, dass die Staatsarchive stark benutzt werden, die eine hohe Anzahl von Benutzertagen je Archivmitarbeiter bzw. eine hohe Anzahl von Benutzertagen je lfm verwahrtes Archivgut aufweisen.

Die beachtlichen Pro-Kopf-Zahlen der sächsischen Archivbenutzung aus Tabelle 1 werden in Tabelle 2 durch den Vergleich mit Personal und verwahrtem Archivgut bestätigt, denn im flächenstaatlichen Vergleich belegt das Land jeweils den zweiten Platz. Die sächsische Archivverwaltung gehört damit derzeit – zumindest was die persönliche Benutzung im Archiv anbelangt – sowohl absolut als auch relativ zu den am meisten in Anspruch genommenen Archivverwaltungen Deutschlands.

Benutzertage je Archivmitarbeiter		Benutzertage je lfm verwahrtes Archivgut	
Bayern	132	Niedersachsen	0,19
Sachsen	130	Sachsen	0,18
Thüringen	113	Mecklenburg-Vorpommern	0,17
Mecklenburg-Vorpommern	92	Brandenburg	0,15
...
Durchschnitt	87	Durchschnitt	0,12

Tabelle 2

Da diese Erkenntnis keineswegs in sächsisch-patriotische Hoch- oder gar Überlegenheitsgefühle einmünden darf und sich sicherlich keine nationalsächsischen Charakterzüge ausmachen lassen, die die Menschen hierzulande häufiger in die Archive führen als in anderen Bundesländern, soll abschließend nach Erklärungen für die beachtliche Benutzungsfrequenz gesucht werden.

Zunächst fällt auf, dass sich bei den angestellten Vergleichen meist ostdeutsche Bundesländer in der Spitzengruppe befinden. Die hohe Inanspruchnahme sächsischer Archive dürfte insofern auch mit besonderen Bedingungen in Ostdeutschland zusammen hängen. Viele der bereits oben aufgezählten Gründe, die nach 1990 in Sachsen zu einem rasanten Anstieg der Archivbenutzung geführt haben, wirken sowohl hier als auch

in anderen ostdeutschen Ländern fort.

Zu diesen Besonderheiten gehört auch das archivische Erbe der DDR, nämlich die Unterlagen von DDR-Staat, SED und staatlicher Wirtschaft, die sich in den ostdeutschen Ländern in einer bedeutsamen archivischen Überlieferung manifestieren und mit dazu führen, dass in den Archivverwaltungen Ostdeutschlands spezifisch mehr Unterlagen verwahrt werden als im Westen. Die größere Nachfrage der Benutzer könnte zum Teil auf diesem reicheren Angebot an Archivgut beruhen. Dennoch besteht hier keine lineare Abhängigkeit, denn wie Tabelle 2 zeigt, ist die Nutzungsfrequenz an den verwahrten Archivalien in den Bundesländern durchaus unterschiedlich.

Letztlich darf aber auch nicht vergessen werden, dass der Freistaat Sach-

sen auf eine bedeutende politische, wirtschaftliche und kulturelle Vergangenheit zurückblicken kann, in der das Land durch Wirtschaftskraft, kulturelle Ausstrahlung und zum Teil auch durch politische Verbindungen (z. B. die Personalunion mit Polen 1697 – 1763) nationalen und internationalen Rang erreicht hat. Diesem Rang entsprechend werden viele seiner Archivbestände oft auch von Forschern genutzt, die von außerhalb kommen, wenn auch die Masse der Benutzer und der Großteil der Archivgutnachfrage aus dem Freistaat selbst stammt.

*Dr. Jörg Ludwig
Staatsministerium des Innern*

Begutachtung von flutgeschädigtem Archivgut im Hauptstaatsarchiv Dresden – Studienpraktikum im Fachbereich Restaurierung

Wie sehen die Aufgaben und der Arbeitsalltag einer Restauratorin im Archivwesen, insbesondere an planender und koordinierender Stelle, aus? Um dieser Frage nachzugehen, begann ich am 9. August dieses Jahres im Rahmen meines Studiums zur Dipl.-Restauratorin, Fachrichtung Graphik, Archiv- und Bibliotheksgut, ein sechswöchiges Praktikum, welches im Referat Archivwesen des Sächsischen Staatsministeriums des Innern stattfand und durch Dipl.-Rest. Barbara Keimer betreut wurde. Aufgrund der immer noch aktuellen Bewältigung von Hochwasserfolgen des Jahres 2002 bot sich diese Problematik als Schwerpunktthema an. Während rund 2 Wochen wurden daher im Hauptstaatsarchiv Dresden geschädigte Akten begutachtet, die nach der Flut von betroffenen Behörden, wie dem Amtsgericht Dresden, der Staatsanwaltschaft Dresden und dem Oberlandesgericht Dresden, an das Archiv abgegeben worden waren. Parallel dazu erfolgten Betriebsbesichtigungen bei den Firmen Zentrum für Bestandserhaltung in Leipzig (ZFB) und Papier-Trocknungs-Service (PTS) in Neu-Isenburg, die als Anbieter der Vakuumgefrier-trocknung wesentlich an der Bergung und Trocknung der flutgeschädigten Akten beteiligt gewesen waren. In Vorortgesprächen wurden die jeweils spezifischen Behandlungsparameter sowie die Anlagenbeschaffenheit und die Vorgehensweise bei der Gefrier-trocknung erfragt.

Die Begutachtung der geschädigten Archivalien begann mit Notariatsakten aus der Zeit von 1855 bis 1981 im Umfang von etwa 86 lfm, die im August 2002 im Amtsgericht Dresden etwa eine Woche im Wasser gelegen hatten. Nach Bergung und Schockgefrieren in verschiedenen Kühllhäusern war die anschließende Gefrier-trocknung bei der Firma PTS Neu-Isenburg durchgeführt worden. Ein Teil der Akten war einer Gammabestrahlung unterzogen worden.

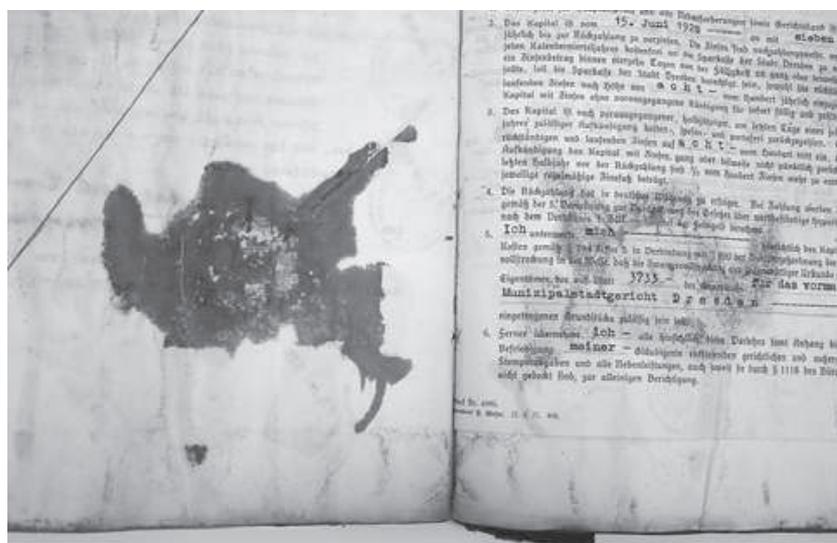
Weitere Akten aus der Zeit von 1950 bis 1999 entstammten den Beständen der Staatsanwaltschaft Dresden (ca. 30,5 lfm) und des Oberlandesgerichts Dresden (ca. 2,6 lfm). Erstgenannte lagerten im August 2002 im Keller der Staatsanwaltschaft Dresden, der für 5–6 Tage bis zu einer Höhe von ca. 40 cm geflutet war. Die Gefrier-trocknung dieser Akten fand im ZfB in Leipzig statt. Die Akten des Oberlandesgerichtes wurden bei der Firma PTS Neu-Isenburg gefriergetrocknet. Außerdem war bei allen Akten, ebenfalls auf Veranlassung der Justiz, eine Gammabestrahlung durchgeführt worden.

Im Hauptstaatsarchiv waren die getrockneten Akten grob gereinigt, beschriftet und in Archivkartons eingelagert worden.

Die Begutachtung der Akten erfolgte visuell und haptisch an Stichproben anhand vorher tabellarisch festgelegter Kriterien. Durch eine Kategorisierung von 0 bis 3 konnte der Schadensumfang je Akteneinheit differenziert ausgewiesen werden. Die Zustandsmerkmale wurden mit Hilfe von Excel-Tabellen erfasst und exemplarisch durch eine Bilddokumentation belegt. Darüber hinaus wurde eine Einschätzung der Benutzbarkeit vorgenommen.

Von den Notariatsakten des Amtsgerichtes Dresden wurden 113 Akten begutachtet (Stichprobenumfang ca. 2–3 %). Typische Schadensbilder waren Verschmutzungen und Schlammverkrustungen, Versteifungen und Verformungen, Verklebungen und Verblockungen der Seiten, gebrochene Rücken, gerissene Heftungen, Verbräunungen, Rostflecken, farbige Ausblutungen, Abklatsch und Durchschlagen der Schriften, Ablösen der nassklebenden Wertmarken, gebrochene oder verklebte Lacksiegel (vgl. Abbildungen). Bei Einzelakten fielen besondere Verbräunungen im Randbereich auf, welche gleichzeitig mit einer starken Versprödung der betroffenen Bereiche auftraten. Hier sind weitere Untersuchungen notwendig, da ein Zusammenhang mit der Gefrier-trocknung nicht auszuschließen ist. Dies bezieht sich ebenfalls auf das Schadensbild der verklebten und teilweise verlaufenen Lacksiegel, welches bei etwa 21 Akten festgestellt werden musste. 5 Akten ließen Schimmelbefall erkennen.

Von den 113 Akten werden lediglich 4 als gut benutzbar (4 %), 51 als eingeschränkt benutzbar (45 %) und 58 aufgrund starker Schäden als nicht benutzbar (51 %) eingeschätzt. Zur Konservierung/Restaurierung wird



Notariatsakte mit stark aufgeweichtem und verklebtem Lacksiegel

Foto: Heidi Lennig



Notariatsakte mit starken Verschmutzungen, Knicken und roten Ausblutungen
Foto: Heidi Lennig

empfohlen: Um die Durchführung weiterer Maßnahmen zu ermöglichen, müssen alle Akten einer intensiven restauratorischen Trockenreinigung unter Zuhilfenahme von Skalpell und Radiermaterialien unterzogen werden. Neben der Reduzierung der allgemeinen Verschmutzung ist durch die Reinigung auch die weitgehende Entfernung von Sporenaufgaben sicherzustellen. Bei 19 Akten müssen Metallteile entfernt werden (17 %). Darüber hinaus sind bei einem Großteil der Akten (72 Akten) Ordnungs- und Sortierarbeiten erforderlich. Bei 58 Akten wird eine aufwändigere Restaurierung notwendig, um eine vollständige Benutzbarkeit wieder gewährleisten zu können (51 %). Dazu gehört insbesondere das Lösen von Verklebungen bei 31 Akten (27 %) und das Ablösen bzw. Festigen der stark verformten und verklebten Lacksiegel bei 15 Akten (13 %). Eine Nassbehandlung in Ergänzung zur Trockenreinigung wird bei 19 Akten empfohlen (17 %). Abgelöste Wertmarken sind, soweit dies als erforderlich angesehen wird, den entsprechenden Akten zuzuordnen und ggf. erneut zu fixieren (6 Akten = 5 %).

Von den Akten der Staatsanwaltschaft Dresden wurden 24 Ordner von 156

begutachtet (Stichprobenumfang: ca. 15 %). Es handelt sich dabei um Aktenordner, in denen sich überwiegend einfache s/w-Kopien befinden.

Trotz des äußeren Erscheinungsbildes der Aktenordner waren die innenliegenden Kopien in erstaunlich gutem Zustand. Der größte Schaden beschränkt sich auf die Aktenordner, welche sehr stark verbogen, verformt und verrostet waren. Bei 20 von 24 Ordnern sind die innenliegenden Kopien gut bis sehr gut erhalten. Typische Schadensbilder sind hier neben Verwellungen und Knicken vor allem Ausblutungen von farbigen Registerkarten, ausgerissene Aktenlochungen und Roststellen im Bereich der Heftung und der Büroklammern sowie Abklatsch von Stempeln und Schreibmaschinenschriften.

Insgesamt ist der Erhaltungszustand dieser Akten gut bis sehr gut, weshalb in 13 Fällen (54 %) eine Umverpackung ausreichend ist, um eine Benutzung wieder zu gewährleisten. In zwei Fällen wird eine neue Sortierung notwendig. Neben der Verpackung ist bei den übrigen Ordnern zusätzlich eine Trockenreinigung zu empfehlen.

Von den Akten des Bezirksgerichtes Dresden (heute Oberlandesgericht) wurden 7 Archivkartons von 14 be-

gutachtet. Sie beinhalten 10 Urschriftensammlungen und 4 Entscheidungssammlungen aus einem Zeitraum von 1959 bis 1982.

Alle Sammlungen bestanden aus losen Einzelblättern mit Aktenlochung. Ebenso homogen wie die Materialien und Beschreibstoffe erschien auch das Schadensbild dieser Archivalien. Typische Schäden waren ausgerissene Aktenlochungen, Abklatsch der Schreibmaschinenschriften sowie leichte farbige Ausblutungen. Alle Akten weisen mehr oder weniger starke Oberflächenverschmutzungen, leichte Verformungen, Verwellungen und Versteifungen auf. Vereinzelt traten verlaufene Schriftzüge und Informationsverlust auf. Bei acht Akten fiel ein unangenehmer, stechender Geruch auf.

Aufgrund der relativ starken Verschmutzungen und des auffälligen Geruches sollten alle Akten zunächst von der Benutzung ausgeschlossen, sortiert und trockengereinigt werden. Bei 12 Akten sollten Metallteile entfernt werden. Eine aufwändigere Restaurierung wird bei keiner dieser Akten notwendig sein, jedoch müssen mehrere Blätter aufgrund starker Knicke geglättet werden.

Während des Praktikums wurde deutlich, wie schwierig es ist, eine aussagekräftige, objektivierbare und nachvollziehbare Schadensdokumentation insbesondere bei größeren Mengen von Archivgut zu erstellen. Die Methodik der tabellarischen Datenerfassung und -auswertung sowie der Stichprobenauswahl konnten erprobt werden.

Darüber hinaus bot sich die Gelegenheit, mich mit dem Thema Gefrier-trocknung näher zu beschäftigen. Hierbei gaben vor allem die Firmenbesuche beim ZfB in Leipzig und bei PTS Neu-Isenburg einen interessanten Einblick in ein mir bis dahin noch nahezu unbekanntes Arbeitsgebiet.

Heidi Lennig
Staatliche Akademie der Bildenden
Künste Stuttgart
Studiengang Restaurierung und
Konservierung von Graphik, Archiv-
und Bibliotheksgut

Münzfund im Staatsarchiv Chemnitz

Als das Staatsarchiv Chemnitz im Frühjahr 2004 mit der Auflösung der Lagerungsgemeinschaften der Amtsgerichte begann, um daraus in einem ersten Arbeitsschritt die Unterlagen der Ämter herauszulösen und Ämterbestände zu bilden, galt es als selbstverständlich, dass bei der Durchführung des Projektes verschiedentlich mit Überraschungen zu rechnen sei. Wohl dachte man dabei an fehlende Akten, Fremdprovenienzen etc., nicht aber daran, eine numismatische Besonderheit aufzuspüren. Eine umso größere Verwunderung herr-

schte daher, als bei der Neusignierung und -etikettierung von Akten des Bestandes 30016 Kreisamt Schwarzenberg ein preußisches Talerstück von 1818 zum Vorschein kam – genauer gesagt eine Fälschung, die einer Untersuchungsakte vom Jahre 1829 gegen einen mutmaßlichen Falschmünzer beigefügt war.

Der Fall selbst wird durch die Akte (Signatur: Nr. 2839) erschöpfend dokumentiert. Demnach brachten Gendarmen am 23. September 1829 den Zimmergesellen Johann Heinrich Patzer aus Schwarzenberg zum dortigen

Kriminalamt und zeigten an, Patzer habe bei einem Papierfabrikanten mit Falschgeld bezahlt. Der Beschuldigte erkannte den vorgelegten Taler wieder, führte aber an, bei der Bezahlung nichts von dessen Unechtheit gewusst zu haben. Jedoch ergaben die weiteren Ermittlungen, dass Patzer kurz zuvor in einer Schenke mit seiner Münze abgewiesen worden war, da die Wirtin die Fälschung bemerkt hatte. Im Verhör verstrickte sich Patzer in weitere Widersprüche, wenngleich man ihm nicht nachweisen konnte, den Taler selbst hergestellt zu



Fälschung eines preußischen Kanontalers (Vorder- und Rückseite), um 1829

StAC, 30016, Kreisamt Schwarzenberg, Nr. 2839

Foto: Veikko Thiele

haben oder mit Falschmünzern in Verbindung zu stehen. Seinem Rechtsbeistand gelang es, die Tat herunterzuspielen und für den völlig mittellosen, dem Trunke ergebenen Zimmergesellen „statt der bösslichen Absicht nur den unbezähmbaren Appetit nach Schnapps“ als Motiv herauszustellen. Patzer wurde deshalb im Frühjahr 1830 zu sechs Wochen Handarbeit verurteilt, die er beim Bau der Schwarzenberg-Johannegeorgenstädter Straße ableistete.

Bemerkenswerter als der Fall ist das sorgsam in Blatt 1 der Akte eingeschlagene Beweisstück. Es handelt

sich um die Fälschung eines sogenannten preußischen Kanontalers, der seit 1816 geprägt wurde. Die Vorderseite ziert das Porträt des Monarchen mit der Umschrift FRIEDRICH WILHELM III KOENIG VON PREUSSEN. Die Rückseite glorifiziert den Sieg über Frankreich, indem sie den bekrönten preußischen Adler auf erbeuteten Kanonen und Standarten abbildet. Als Prägestätte ist A (Berlin), als Prägejahr 1818 angegeben. Im Gegensatz zum Original (750er Silber, ca. 22,2 Gramm) ist die Fälschung um knapp 5,5 Gramm leichter und von ziemlich mattem

Glanz. Das 1829 von den Schwarzenberger Beamten aufgenommene Protokoll spricht von einer Zinn-Zink-Legierung, doch wird man diese Analyse dahingehend korrigieren müssen, dass anstelle von Zink wohl vornehmlich Blei zur Verwendung kam. Offenbar wurde die Münze nicht geschlagen, sondern gegossen. Auf dieses für Fälscher einfachere Herstellungsverfahren deuten das nur schwach ausgeprägte Relief und die fehlende Randschrift hin. Wie die Untersuchungsakte beweist, konnte die Fälschung von Zeitgenossen leicht als solche erkannt werden. Die

verbreitete Skepsis gegenüber fremden, noch dazu in einem geringwertigen Talerfuß (14-Taler-Fuß anstelle des in Sachsen bis 1836 üblichen Konventionstalerfußes) geprägten Münzen dürfte hierbei förderlich gewesen sein. Die Behörden ihrerseits feilten den Rand ab, um eine Materialprobe zu nehmen, entwerteten die Münze, indem sie sie durchbohrten, und fügten sie der Untersuchungssakte als Beweisstück bei.

Diese Praxis war nicht unüblich, doch haben sich solche Asservate zumindest in älteren Beständen nur sehr selten bis heute erhalten. So ist das Fundstück das bisher einzige seiner Art im Staatsarchiv Chemnitz, obwohl gerade zur Falschmünzerei zahlreiche Akten vorhanden sind.

Wie auch immer das seltene Vorkommen von Asservaten erklärt werden kann – für den Historiker weisen Ak-

te und Münze auf jeden Fall auf ein bislang wenig beachtetes Forschungsgebiet hin. Angesichts der vielfältigen Überlieferung allein schon in den Beständen der erzgebirgischen Ämter lohnt es sich gewiss, zum Thema „Falschmünzerei“ in den sächsischen Archiven zu recherchieren.

*Dr. Michael Wetzel
Staatsarchiv Chemnitz*

Einsatz vor Ort. Behördenpraktikum der Archivreferendare

Wer kennt schon alle Facetten des Ortszuschlags? Die beiden Referendare des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden sahen sich während ihrer Behördenpraktika im Sommer 2004 einer reichhaltigen und durch zahlreiche Besonderheiten ausgezeichneten Überlieferung gegenüber. Im Zuge ihrer achtmonatigen praktischen Archivarsausbildung in Dresden, in der sie die verschiedenen Archivabteilungen durchlaufen, sind solche Aufenthalte in Behörden vorgesehen. Vor der theoretischen Ausbildung an der Archivschule in Marburg lernen sie also nicht nur den archivarischen Arbeitsalltag kennen, sondern nehmen auch Einblick in die Arbeitsweise behördlicher Registaturen. Ihre diesjährigen Stationen waren die Staatskanzlei, das Finanz- und das Innenministerium, das Regierungspräsidium Dresden sowie die Generalstaatsanwaltschaft Dresden. Dort lernten sie unter fachkundiger Anleitung die Registaturen und den Geschäftsgang kennen. Eine zentrale Aufgabe aber war die Sichtung und Einschätzung der Archivwürdigkeit („Bewertung“) von Unterlagen der Altregistaturen.

Vor rund fünfzehn Jahre nahmen die sächsischen Ministerien und nachgeordneten Behörden ihre Arbeit auf; mittlerweile sind die Regale in den Registaturen prall gefüllt und die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für einen Teil der Akten abgelaufen. Nun gilt es, das aussondernde Schriftgut zu erfassen und das zuständige

Archiv zu kontaktieren, denn ohne dessen Zustimmung darf keine Akte in den Reißwolf wandern. Den Archivaren obliegt die Bewertung aller Unterlagen, die von den Behörden, Gerichten und sonstigen öffentlichen Stellen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr benötigt werden. Falls die Einschätzung ihrer Archivwürdigkeit nicht anhand der Aussonderungsverzeichnisse möglich ist, müssen weitere Prüfungen stattfinden. Hierzu zählt auch die stichprobenartige Durchsicht der Unterlagen in der Registatur. Keine geringe Aufgabe, wenn man bedenkt, dass allein die Aktenmagazine des Finanzministeriums mittlerweile rund 2.250 laufende Meter (lfm) Schriftgut bergen. Um mit dem Massenproblem fertig zu werden, können anbieterpflichtige Stellen bei der sächsischen Archivverwaltung unbefristete Vernichtungsgenehmigungen beantragen – ein Weg, den auch das Finanzministerium beschreiten möchte. Deshalb soll in einer neuen Verwaltungsvorschrift, in welcher die Aufbewahrung und Aussonderung von Unterlagen geregelt wird, auch gleich die Bewertung bestimmter Aktenplangruppen festgeschrieben werden. Vom Finanzministerium wurden daher Übersichten angefertigt, aus denen Aufbewahrungsfristen und Bewertungsvorschläge für diese Gruppen hervorgingen. Die beiden Referendare des Dresdner Hauptstaatsarchivs sollten nun prüfen, welche dieser Aktenplangruppen Unterlagen umfassen, die im

Sinne des sächsischen Archivgesetzes „bleibenden Wert“ besitzen können. Zu diesen Aktenplangruppen kann keine unbefristete Vernichtungsgenehmigung erteilt werden.

Eine zeitintensive Aufgabe: Fast zwei Woche lang waren sie damit beschäftigt, die Registaturdatenbank des Ministeriums auszuwerten, Akten stichprobenartig zu sondieren und sich über Aufgaben und Strukturen des Hauses zu informieren. Die Zentralregistatur des Finanzministeriums umfasst neben den behördenüblichen Aktengruppen wie Personal- und Arbeitsrecht auch das Haushaltswesen, die Sparkassenorganisation und die Finanzverfassung des Freistaates. Alles mithilfe Registatur-EDV erfasst und vorbildlich geordnet.

Und dennoch fiel die Vorbereitung einer Entscheidung darüber, was anbieterpflichtig bleiben muss und was weggeworfen werden kann, nicht leicht. Eine verantwortungsvolle Aufgabe stellte sich den beiden, denn was sie jetzt generell zur Vernichtung vorschlugen, wäre unwiederbringlich verloren. Potenziell archivwürdige Unterlagen zeichnen sich in erster Linie dadurch aus, dass sie das Handeln der Behörde und zeittypische oder besondere Ereignisse, Phänomene oder Strukturen aussagekräftig dokumentieren. Die klassischen Fragen, die Archivare bei der Bewertung berücksichtigen müssen, lauten dabei etwa: „Wie wirkt ein Ministerium bei der Entstehung von Gesetzestexten mit?“



Im Staatsministerium der Finanzen wurden die Referendare von Registraturvorsteherin Ria Krüger fachkundig betreut

Foto: Mathis Leibetseder

oder „Welchen Anteil haben Behörden bei der Umsetzung politischer Vorgaben?“. Auch Unterlagen, die die Tätigkeit herausgehobener Personen dokumentieren oder für die Rechtssicherung wichtig sind, können archivwürdig sein. Um zu einer stichhaltigen Einschätzung zu gelangen, muss der Archivar über fundierte historische Kenntnisse verfügen. Er wird die Zeitläufe verfolgen und sich fragen, welche tagespolitischen Ereignisse

und Entwicklungen er im Rahmen von Bewertung und Bestandsbildung zu bedenken hat. Immer wieder muss er sich bewusst machen, dass aus der behördlichen Überlieferung jene 2 bis 5% herauszufiltern sind, mit deren Hilfe sich die Menschen in fünfzig, hundert oder fünfhundert Jahren ein adäquates Bild von unserer Gegenwart machen können.

Deshalb erwies es sich als unumgänglich, die Unterlagen aus den er-

sten Jahren nach der Wende ziemlich genau unter die Lupe zu nehmen, denn dort schlummerten selbst in Aktengruppen, die in „normalen“ Zeiten wenig Bedeutsames aussagen, aufschlussreiche Informationen über die Wiedererrichtung des Landes Sachsen und den Aufbau seiner Behördenstruktur. In diesem Zusammenhang können selbst besondere Einzelfälle beamtenrechtlicher Versorgungsfragen, vom Trennungsgeld über Sozialversicherungen bis hin zu Ortszuschlägen durchaus eine unvermutete Bedeutung erlangen.

Die erste Welle von Aussonderungen und Anbietungen bildet für die Behörden des Freistaats Sachsen und das sächsische Archivwesen gleichermaßen eine gewaltige Herausforderung; Jahr für Jahr entstehen rund 20.000 lfm Akten in der sächsischen Verwaltung. Die sächsischen Archive betreuen rund 900 anbietungspflichtige Stellen. Ohne eine intensive Form der Zusammenarbeit, wie sie im vorliegenden Fall durch den Einsatz der beiden Archivreferendare gefunden wurde, kann dieser Herausforderung kaum begegnet werden. Schließlich ist eine gut funktionierende Kooperation zu beiderseitigem Nutzen.

*Dr. Mathis Leibetseder/Dr. Rouven Pons
Hauptstaatsarchiv Dresden*

Projekt „Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter“ in Sachsen erfolgreich abgeschlossen

Im Herbst dieses Jahres endete das Projekt „Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter“. Ein nicht nur deutschland- oder europa-, sondern wohl auch weltweit einmaliges Vorhaben konnte damit erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Ausgangspunkt waren die im Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vom 2. August 2000 vorgesehenen Entschädigungszahlungen für ehemalige NS-Zwangsarbeiter. Die gesetzlichen Regelungen sahen vor, dass die geleistete Zwangsarbeit

durch Dokumente nachgewiesen oder auf andere Weise glaubhaft gemacht werden muss. Im Hinblick auf deutsche Dokumente sollte insbesondere das beim Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes (ISD) in Bad Arolsen verwahrte Material genutzt werden. Allerdings stellte sich heraus, dass trotz umfangreicher Verfilmungsarbeiten durch den ISD bei weitem nicht das gesamte in Deutschland vorhandene Material in Bad Arolsen verfügbar und aufbereitet war und dass die Erfolgsquote des ISD nur ca. 30% betrug.

Auf Initiative des Bundesverbandes Information & Beratung für NS-Verfolgte und mit Unterstützung des ISD, des Bundesarchivs und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ wurde daher das Projekt „Nachweisbeschaffung“ ins Leben gerufen. Die Anfragen, für die beim ISD kein Nachweis erbracht werden konnte, sollten an Archive geleitet werden, um bislang nicht genutztes Material in die Recherche einzubeziehen und die Trefferquote zu erhöhen. Im Sommer 2001 begann die praktische Arbeit. Für die Weiterleitung der

Prüfvorgänge wurde in Köln eine Verteilstelle eingerichtet, die vom ISD die negativ geprüften Datensätze auf elektronischem Weg empfing, sie nach geographischen oder sachlichen Gesichtspunkten sortierte und an Archive und Institutionen weiterleitete. Als Empfänger kamen vor allem das Bundesarchiv, Landeskoordinierungsstellen (LKS) in den Bundesländern sowie große Wirtschaftsarchive (z. B. Krupp oder Siemens) und Behörden mit entsprechender Überlieferung in Frage. So verwahrt z. B. die Bundeseisenbahnverwaltung Unterlagen über Zwangsarbeiter bei der Deutschen Reichsbahn, die Bundesknappschaft über den Zwangsarbeitereinsatz in der Montanindustrie. Bedeutsam erweitert werden konnte der Empfängerkreis dadurch, dass seit 2003 auch polnische Archive und Einrichtungen in den sogenannten Archivverbund einbezogen wurden, denn auf diese Weise waren auch Recherchemöglichkeiten bei einem Einsatz z. B. in Schlesien gegeben. Die Zahl der am Projekt Nachweisbeschaffung beteiligten Archive in Deutschland und Polen stieg bis Frühjahr 2004 auf ca. 300.

Für die Weiterleitung der Anfragen (Datensätze) an die LKS bzw. Archive sowie für die archivische Prüfung

und die Übermittlung der Prüfergebnisse an die Partnerorganisationen im Ausland wurde ein elektronisches Datensystem genutzt, womit die Arbeit sehr effizient und nahezu „papierlos“ erledigt werden konnte. Bei insgesamt über 400.000 Einzelanfragen, die im Rahmen der Nachweisbeschaffung als Prüfvorgänge zu verteilen waren, hat sich das im Internet zu bedienende Datensystem glänzend bewährt und ganz erheblich zu einem vergleichsweise niedrigen Verwaltungsaufwand beigetragen. Die Betreuung des Datensystems übernahm die Firma Ossenberg & Schneider GmbH, Remagen.

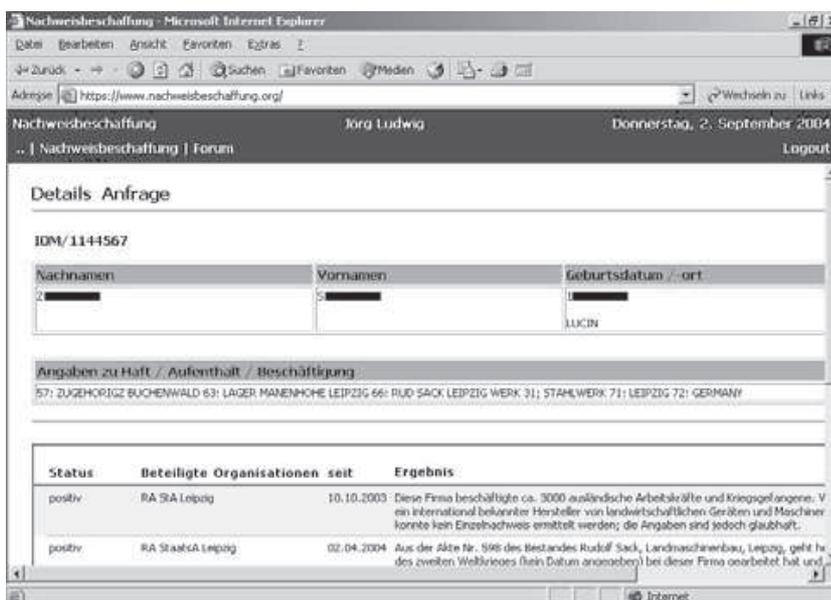
In Sachsen wurde die Koordinierung der Nachweisbeschaffung vom Referat Archivwesen im Staatsministerium des Innern (SMI) wahrgenommen. Das SMI regelte die Einbeziehung der vier sächsischen Staatsarchive, der Landesversicherungsanstalt Sachsen (LVA), der Archive der sieben kreisfreien Städte und der 22 Landkreise in das Datensystem und vertrat Sachsen bei den Projektbesprechungen auf Bundesebene. Gleichfalls prüfte es die nach Einsatzort bzw. Einsatzorten erfolgende Zuteilung der Datensätze an die sächsischen Archive, wobei die Staats-, Kreis- und Stadtarchive Prüfvorgänge zu Einsatzorten ihres Sprengels er-

hielten, die LVA zu ganz Sachsen, das Bergarchiv Freiberg hingegen zum Einsatz in Bergbau und Montanwesen. Die Kreisarchive wurden beauftragt, nicht nur in ihren Beständen zu recherchieren, sondern auch die Gemeinden ihres Kreisgebietes einzubeziehen.

Der Zustrom von Prüfvorgängen war beachtlich: Von Oktober 2001 bis Ende Juli 2004 erhielt die LKS Sachsen insgesamt ca. 15.300 Datensätze. Dies war zwar deutlich weniger als z. B. in Sachsen-Anhalt (über 24.000), Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (jeweils ca. 20.000), andererseits aber mehr als in Baden-Württemberg (knapp 15.000), Hessen (knapp 5.000) oder Rheinland-Pfalz (ca. 4.000). Dass vor allem die Neuen Bundesländer in starkem Maße von der Nachweisbeschaffung in Anspruch genommen wurden, hing letztlich damit zusammen, dass die Antragsteller (vor allem Polen, Ukrainer, Weißrussen oder Tschechen) als Zwangsarbeiter mehrheitlich in heute ostdeutschen Regionen eingesetzt waren.

Auch innerhalb Sachsens (Stand: 31. Juli 2004) gab es bei den Zuweisungen ein Gefälle. Wegen der Zuständigkeit für ganz Sachsen erhielt die LVA die meisten Prüfvorgänge (16.272), dann folgten das Hauptstaatsarchiv Dresden (11.082), das Staatsarchiv Leipzig (7.889) und das Staatsarchiv Chemnitz (5.409). Dem Bergarchiv Freiberg wurden 175 Prüfvorgänge zugewiesen. Bei den Stadtarchiven entfielen die meisten Prüfvorgänge auf Dresden (5.523), Leipzig (4.163) und Chemnitz (1.167). Da die Zwangsarbeiter größtenteils in den Ballungszentren der Großstädte arbeiteten mussten, liegt die Zahl der den Kreisarchiven zugeleiteten Prüfvorgänge deutlich niedriger: Das Kreisarchiv Torgau-Oschatz erhielt 1.002 Datensätze, gefolgt vom Vogtlandkreis (880) und Bautzen (832); die niedrigsten Zuweisungen entfielen auf Stollberg (141) und Annaberg (122).

Erhielt die LKS Sachsen insgesamt 15.317 Prüfvorgänge, so konnten von



Bildschirmansicht des Datensystems mit einem geöffneten Datensatz und Prüfergebnissen (Name geschwärzt)



Sowjetische Kriegsgefangene bei Verlade- und Transportarbeiten bei der Pirnaer Firma Küttner, um 1943
HStADD, 11743, Fa. Fr. Küttner AG, Pirna, Nr. 233

den sächsischen Archiven insgesamt 5.029 positive Prüfergebnisse eingegeben werden. Mit einer Quote von über 30 % zählt Sachsen neben Nordrhein-Westfalen zu den Ländern mit dem höchsten Anteil positiver Prüfergebnisse. Dieses erfreuliche Ergebnis ist nicht zuletzt auf die umfangreiche Wirtschaftsüberlieferung in den sächsischen Staatsarchiven zurückzuführen, was unterstreicht, wie wichtig das Archivgut der Wirtschaft auch für die Rechtssicherung ist. Bei der Erfolgsquote muss aber beachtet werden, dass die Zwangsarbeiter oft in mehreren Orten bzw. Regionen eingesetzt waren und somit die Prüfungsvorgänge in der Regel mehreren örtlich zuständigen Archiven zugewiesen wurden. Bei entsprechender Nachweismöglichkeit konnte ein Prüfungsvorgang daher auch mehrfach positiv geprüft werden.

Unter den beteiligten Einrichtungen und Archiven in Sachsen schwankt die Quote positiver Prüfergebnisse: Mit 28 % erreichte das Kreisarchiv Sächsische Schweiz den besten Wert, gefolgt von den Kreisarchiven Aue-Schwarzenberg (27 %) und Weißeritzkreis (24,6 %). Wenig ergiebig war die Recherche bei der LVA Sachsen (0,8 %), dem Kreisarchiv Riesa-

Großhain (1,1 %) und dem Stadtarchiv Dresden (1,6 %). Diese Schwankungsbreite hängt natürlich nicht mit der Einsatzbereitschaft und den Recherchefähigkeiten der Archivare und Mitarbeiter zusammen, sondern hauptsächlich mit der Überlieferungslage. Bedeutsam war aber auch, inwieweit es die im Prüfungsvorgang genannten Daten zum Einsatz erlaubten, dem Antragsteller in Fällen, wo kein Quellennachweis möglich war, zu bescheinigen, dass die von ihm gemachten Angaben zum Aufenthalt in Deutschland plausibel waren. Das Ausstellen sogenannter Plausibilitäts-erklärungen war z. B. bei in der Landwirtschaft eingesetzten Zwangsarbeitern möglich, wenn sie sich an die Namen der Bauern erinnerten und diese angaben.

Bei einer großen Anzahl von Prüfungsvorgängen, die nur spärliche Angaben zum Einsatzort enthielten (z. B. „Leipzig“, „Lager bei Dresden“ oder „Fabrik in Chemnitz“), war die Recherche sehr erschwert oder ganz unmöglich. Einerseits konnten sich viele der hochbetagten Antragsteller nicht mehr genau an den Einsatzort, den Betrieb und an geografische Zusammenhänge erinnern, andererseits hing die Dürftigkeit der Angaben

auch damit zusammen, dass zunächst lediglich ein Abgleich mit Unterlagen des ISD vorgesehen war, dem zum Einsatzort eine bloße Ortsangabe auch genügte. Problematisch war ferner, dass Orts- und Firmenbezeichnungen in den Prüfungsvorgängen, aus dem Gedächtnis zitiert, oft nicht mit den korrekten Bezeichnungen übereinstimmten. Als ein extremes Beispiel sei die Angabe „Koschipinyj Raj, Fahrendorfstraße 21 oder 31, Stadt Leipzig“ genannt, die als Kammgarnspinnerei in der Pfaffendorfer Straße 31 in Leipzig zu identifizieren war.

Um bei dürftigen oder unklaren Angaben zum Einsatzort Nachbesserungen zu ermöglichen, konnte im Datensystem das Prüfergebnis „nicht prüfbar“ gewählt und ein Text eingetragen werden, mit dem von den Antragstellern bzw. Partnerorganisationen weitere Informationen erbeten wurden. Leider stellte sich aber heraus, dass diese Zusatzinformationen nur in wenigen Fällen eintrafen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Projekt „Nachweisbeschaffung“ eine wichtige Hilfeleistung für die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter war. Von den ca. 400.000 Prüfungsvorgängen, die nach Deutschland zur Recherche geleitet worden waren (davon wurden aber nicht alle verteilt), konnten letztlich über 40.000 positiv geprüft werden, was in der Regel zu der gesetzlich vorgesehenen Entschädigungszahlung geführt hat. Ferner war das Projekt ein bedeutsamer Erfolg für die beteiligten Archive und Institutionen, die mit neuen Organisationsformen und IT-Unterstützung nicht nur die Herausforderung hunderttausender Recherchen gut bewältigt, sondern auch der Öffentlichkeit gezeigt haben, welche eminente Bedeutung Archiven für die Rechtssicherung, Vergangenheitsbewältigung und Wiedergutmachung zukommt.

*Dr. Jörg Ludwig
Staatsministerium des Innern*

Verzeichnisdienste – Active Directory in der staatlichen Archivverwaltung¹

Bisher bildete i. d. R. jede Behörde einer Landesverwaltung mit ihren Rechnern ein in sich geschlossenes Netzwerk (LAN), das unter dem Betriebssystem Microsoft Windows NT mit Hilfe eines primären Domänencontrollers (PDC) und eines Sicherungs-Domänencontrollers (BDC) verwaltet wurde. D. h., Netzwerk- und Domänengrenze – und damit auch Verwaltungs- bzw. Administrationsgrenze – waren zumeist identisch. Domänenübergreifende Kommunikation war nur eingeschränkt über die Einrichtung sogenannter Vertrauensstellungen möglich. Bei dieser Netzwerkstruktur benötigte man einerseits eine große Anzahl an (physikalischen) Servern und andererseits an jedem Standort mindestens einen Netzwerkadministrator. Zur effizienteren Gestaltung einer möglichst einheitlichen Netzwerkverwaltung etablieren sich in den letzten Jahren in einigen Landesverwaltungen Verzeichnisdienste.

Was ist ein Verzeichnisdienst?

Ein Verzeichnisdienst (engl.: Directory Service) ist eine Infrastrukturkomponente – oder einfacher: ein Dienst – in einem Netzwerk, die bzw. der applikationsunabhängig Daten verwaltet und zugänglich macht. Der Verzeichnisdienst erlaubt die Verwaltung von Daten zu unterschiedlichen Objekten. Solche Objekte können beispielsweise Benutzer, Computer, Drucker oder auch Standorte, Behörden oder Organisationseinheiten sein. Jedes Objekt wird durch eine bestimmte Menge von Eigenschaften – den Attributen – beschrieben. Jedes Attribut kann wiederum eine oder mehrere Werte enthalten. So ist z. B. „Vorname“ ein Attribut des Objektes „Benutzer“ und „Hans“ ist der Wert dieses Attributes.

Die Daten bzw. die Objekte werden in einem Verzeichnis (engl.: Directory) hierarchisch strukturiert verwaltet. Die Struktur ist in Form eines Verzeichnisbaums (engl.: Directory

Tree) darstellbar. Physisch ist ein Verzeichnis eine besondere, auf schnelle Lesbarkeit und besonders gute Durchsuchbarkeit optimierte Art von Datenbank. Die Verzeichnisdaten, d. h. die Datenbankeinträge, können erstellt, geändert, verglichen, gesucht oder gelöscht werden.

Die Datenbank beinhaltet neben den Verzeichnisdaten auch das sogenannte Schema. Als Schema wird eine Menge von Regeln bezeichnet, welche Syntax und Gültigkeit der Verzeichnisdaten definieren. So wird es beispielsweise unmöglich sein, dem Objekt „Drucker“ das Attribut „Geburtsdatum“ zuzuweisen.

Die Zugänglichmachung der Verzeichnisdaten erfolgt mittels eines Zugriffsprotokolls (engl.: DAP = Directory Access Protocol). In der Praxis hat sich LDAP (engl.: Lightweight Directory Access Protocol) als Zugriffsprotokoll etabliert. Die Verzeichnisdaten stehen somit netzwerkweit – entsprechende Zugriffsrechte vorausgesetzt – jeder Applikation und jedem Nutzer und selbstverständlich auch dem Betriebssystem zur Verfügung. Eine Zugänglichmachung über Netzwerkgrenzen hinweg ist ebenfalls möglich. Neben der Verfügbarkeit sind auch die Vermeidbarkeit von Mehrfachspeicherungen und somit die Erhöhung der Datenkonsistenz als Vorteile zu benennen.

X.500 bezeichnet eine 1988 von der ITU (International Telecommunication Union) veröffentlichte Empfehlung für einen Verzeichnisdienst, die von der ISO (International Standards Organization) als Standard übernommen wurde. Nahezu alle verfügbaren Verzeichnisdienste, wie z. B. NDS (Novell Directory Services), ADS (Active Directory Services) oder NIS (Network Information Service), basieren auf diesem Standard.

Was ist Active Directory (AD)?

Active Directory bzw. Active Directory Services ist der mit Windows 2000 Server eingeführte Verzeichnisdienst von Microsoft. Der Verzeichnisdienst bildet den Kern für das Management wesentlicher Windows-Systemfunktionen. Benutzermanagement, Sicherheitsverwaltung und weitere Funktionen wie z. B. Dateien, Drucker, Datenbanken, Web-Zugriffe und Hostverbindungen werden darüber gesteuert.

Durch Active Directory werden die bisherigen flachen Domänen- und Verwaltungsstrukturen von Windows NT erweitert. Domänen können nunmehr hierarchisch strukturiert in Domänenbäumen angeordnet werden (vgl. Abb. 1). Dies ermöglicht eine realitätsnahe Abbildung komplexer Verwaltungsstrukturen.

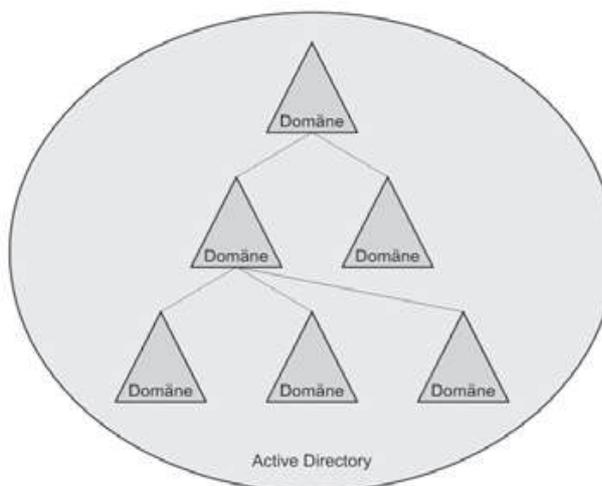


Abbildung 1

¹ Der Artikel ist auf Anregung des EDV-Ausschusses der Archivreferenten-Konferenz entstanden.

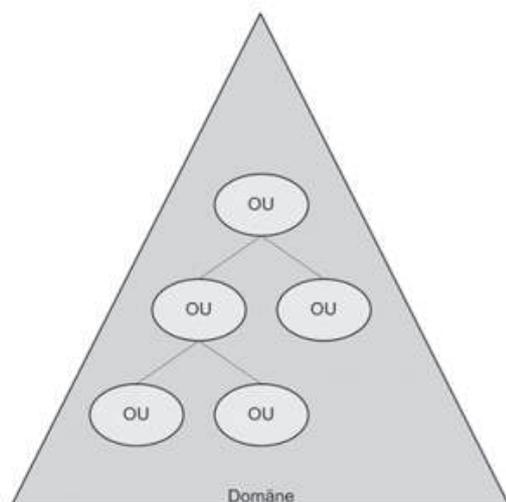


Abbildung 2

Ein Domänenbaum muss über ein einheitliches Schema und einen einheitlichen Namensraum verfügen. Active Directory arbeitet mit DNS-Namen (DNS = Domain Name System). So würde beispielsweise eine untergeordnete Domäne „Verwaltung“ in einem Verzeichnisbaum „hessen.de“ den DNS-Namen „verwaltung.hessen.de“ tragen.

Weiterhin ist es möglich, Domänen in sich in sogenannte Organisatorische Einheiten – kurz OU's (OU = Organizational Unit) – zu strukturieren (vgl. Abb. 2). Durch diese Containerobjekte können beispielsweise sehr gut Organisationsstrukturen – wie Abteilungen, Referate, usw. – nachgebildet werden. Allgemein kann jedes Containerobjekt weitere Containerobjekte sowie beliebig viele Blattobjekte enthalten. Typische Blattobjekte sind z. B. Benutzer- oder Computer-Objekte.

Alle Verzeichnisobjekte sind über eine Zugriffssteuerliste – kurz ACL (ACL = Access Control List) – gesichert. Die ACL legt fest, wer auf welches Objekt wie zugreifen darf. Administrative Berechtigungen lassen sich somit gezielt delegieren. Weiterhin wird auch das Konzept der Vererbung unterstützt. Dieses Konzept erlaubt es, dass ausgewählte Rechte an alle untergeordneten Objekte im

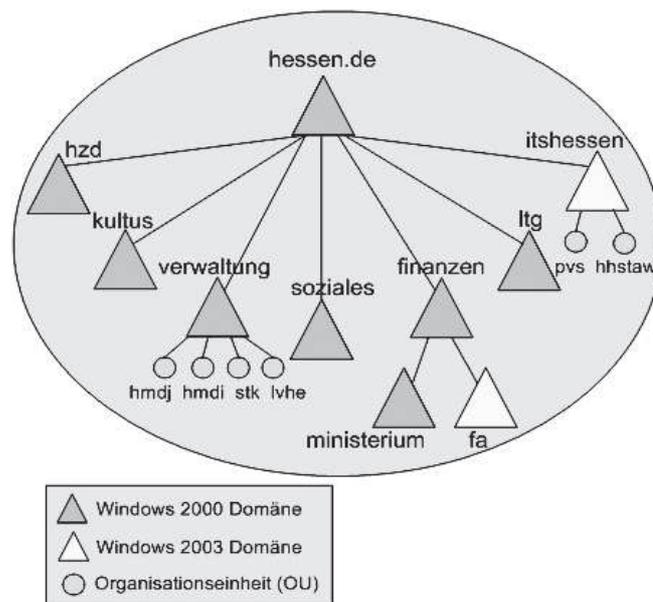


Abbildung 3

Verzeichnisbaum weitergereicht werden.

Die Verwaltung der AD-Strukturen erfolgt auf Domänencontrollern. Jede Domäne muss dabei über mindestens einen Domänencontroller verfügen. Zwischen PDC und BDC, wie bei NT-Domänen, wird nicht mehr unterschieden. Auf jedem Domänencontroller ist ein Replikat der Verzeichnisdatenbank gespeichert, welches die Objektdateien der eigenen Domäne sowie die Schema- und Konfigurationsdaten des Domänenbaums enthält. Darüber hinaus wird zusätzlich auf mindestens einem Domänencontroller, dem sogenannten Katalogserver, eine Untermenge (partielles Replikat) aller Daten aus allen Domänen des Domänenbaums gespeichert. Der Einsatz von Active Directory ermöglicht somit die flexible Verwaltung landesweiter Netzwerkstrukturen. Die Abbildungen 3 und 4 zeigen beispielsweise die bestehenden AD-Grundstrukturen der hessischen und der sächsischen Landesverwaltung.

Anmerkungen zum Einsatz von Active Directory

Ausgehend von einer vorhandenen Microsoft Windows-basierten Netzwerk-Infrastruktur und von einer zunehmenden AD-Integration weiterer Produkte aus dem Hause Microsoft,

wie z. B. Microsoft Exchange Server 2000, ist der Weg zur Nutzung des Verzeichnisdienstes Active Directory vorgezeichnet. Zwar ergeben sich insbesondere für die Netzwerkadministration Erleichterungen, gleichzeitig erhöht sich jedoch die Bindung an Microsoft.

Mit Microsoft Windows 2000 wurde neben Active Directory ein weiteres Managementinstrument zur Konfigurationsverwaltung bereitgestellt: Gruppenrichtlinien. Gruppenrichtlinien umfassen System-, Anwendungs- und Benutzereinstellungen sowie Sicherheitseinstellungen und Einstellungen für die Softwareverteilung. Sie sind somit ein mächtiges Instrument zur Konfiguration, Verwaltung und Absicherung eines Netzwerkes. Die Gruppenrichtlinien wiederum werden in Form von Gruppenrichtlinienobjekten im Active Directory gespeichert. Je nachdem, welchem Containerobjekt sie zugeordnet werden, wirken sich Gruppenrichtlinien auf alle Benutzer oder Computer einer OU, einer Domäne oder eines Standortes aus.

Zusammenfassend ergibt sich somit folgendes Bild:

- Active Directory ermöglicht eine zentrale Verwaltung der Netzwerkressourcen von einem zentralen Ort aus. Active Directory ermöglicht

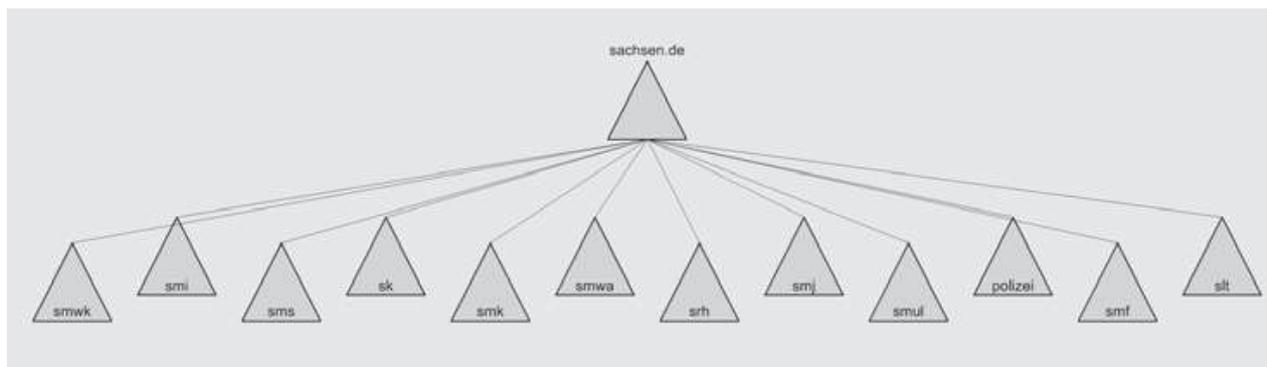


Abbildung 4

gleichfalls durch Gruppieren von Objekten mit gleichen Verwaltungs- und Sicherheitsanforderungen das zentrale Organisieren der Netzwerkressourcen.

- In Active Directory gespeicherte Gruppenrichtlinien ermöglichen eine zentralisierte Verwaltung der Benutzerumgebung. Durch Gruppenrichtlinien kann sichergestellt werden, dass Benutzer unabhängig vom verwendeten Computer auf alle Tools und Daten zugreifen können, die sie für die Erledigung ihrer Aufgaben benötigen, jedoch keinen Zugriff auf das erhalten, was zur Aufgabenerledigung nicht erforderlich ist. Durch Gruppenrichtlinien kann ebenfalls die Installation, die Aktualisierung

und die Deinstallation von Software gesteuert werden.

- Mit Hilfe von Active Directory wird das Delegieren von Verwaltungsrechten oder Verwaltungsfunktionen an eine einzelne Person oder an eine Gruppe ermöglicht. Die Netzwerkadministration kann z. B. hierarchisch gestuft an Root-, Domänen- und OU-Administratoren übertragen werden.

Abschließend soll darauf hingewiesen werden, dass die Nutzung dieser Möglichkeiten – je nach Vereinheitlichungs- und Zentralisierungsgrad – zwangsläufig im gleichen Maße zur Einschränkung der Administrationsrechte für die Netzwerkadministratoren in einer Behörde führt.

Bernward Helfer

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Jörg Werzinger

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Christian Wortmann

Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster

(Weiterführende Literatur: Martin Kupinger, Microsoft Windows 2000 im Netzwerk, Microsoft Press Deutschland 2002, ISBN 3-86063-465-8; ders., Windows Server 2003 – Das Handbuch, Microsoft Press Deutschland 2003, ISBN 3-86063-171-3; Peter Klement/Franco Michela/Markus Palme, Active Directory, Microsoft Press Deutschland 2003, ISBN 3-86063-676-6)

Startsignal für zukunftsweisende Baumaßnahmen

Die fachgerechte Unterbringung der Staatsarchive ist ein grundlegendes Ziel der sächsischen Archivverwaltung. Hier ist nach jahre-, teilweise jahrzehntelangen Bemühungen nun ein entscheidender Durchbruch gelungen. Nachdem 1995 das Staatsarchiv Leipzig einen Neubau beziehen konnte und 2001 ein Magazinneubau für das Staatsfilialarchiv Bautzen im dortigen Archivverbund fertiggestellt wurde, sind in den nächsten Jahren weitere umfangreiche Baumaßnahmen vorgesehen.

Zentralwerkstatt für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut (ZErAB)

Kernstück im Bestandserhaltungskonzept der Archivverwaltung ist die

Errichtung einer Zentralwerkstatt in Kooperation mit den Bibliotheken. In dieser werden verschiedene Aufgaben der Restaurierung, Konservierung und Verfilmung von Archiv- und Bibliotheksgut zusammengefasst. Dazu gehören zentrale Beschaffungsmaßnahmen und die Auftragsvergabe an private Dienstleister. Zur Bündelung der Ressourcen und Erweiterung der Kapazitäten für die Bestandserhaltung sollen hier auch kostenintensive Spezialtechniken konzentriert und mengenorientierte Arbeitsverfahren eingesetzt werden. Darüber hinaus ist vorgesehen, eine Reihe klimatisierter Sondermagazine (insbesondere für Filmmaterialien) sowie den Bereich Audiovisuelle Medien an die Zentralwerkstatt anzu-

binden. Um einen Teil des in Staatsbesitz befindlichen Schlosses Hubertusburg/Wermsdorf einer Nutzung zuzuführen, hat die Staatsregierung beschlossen, die geplante Zentralwerkstatt hier unterzubringen. Derzeit erarbeiten die beauftragten Planungsbüros unter Einbeziehung der Archivverwaltung die erforderlichen Planungsunterlagen. Noch 2004 werden erste Baumaßnahmen (Dachsanierung, Entkernung) umgesetzt. Der eigentliche Baubeginn soll im 1. Halbjahr 2005 erfolgen. Die Fertigstellung ist für Ende 2007 vorgesehen.

Bergarchiv Freiberg

Das Bergarchiv ist derzeit an zwei Standorten in Freiberg untergebracht.

Neben dem Gebäude des Sächsischen Oberbergamtes Kirchgasse 11 nutzt es seit 1992 das Gebäude Fuchsmühlenweg 7 am Rande der Stadt. Dies wurde wegen der erheblichen Bestandszuwächse des Bergarchivs nach 1990 notwendig. Sowohl die ineffiziente Unterbringung als auch der erhebliche Mangel an Funktionsräumen und fehlende funktionelle Zuordnungen erfordern dringend bauliche Maßnahmen. Nach vielfältigen Bemühungen im vergangenen Jahrzehnt ist nun mit der beabsichtigten Nutzung von Schloss Freudenstein eine sehr zweckmäßige Lösung gefunden worden. Die Stadt Freiberg hat das Schloss vor kurzem erworben. Das zentral gelegene, denkmalgeschützte Gebäude soll in den nächsten Jahren saniert und umgebaut werden. Mit langfristigen Mietverträgen ausgestattet wird neben dem Bergarchiv eine Mineraliensammlung der TU

Bergakademie als Nutzer einziehen. Zur Finanzierung der Maßnahme sollen Mittel des Programms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ eingesetzt werden. Bereits am 1. Juli 2004 erfolgte die symbolische Grundsteinlegung in Anwesenheit von Ministerpräsident Milbradt. Derzeit läuft ein Architektenwettbewerb, der bis Anfang 2005 abgeschlossen sein soll, woran sich die weiteren Planungen anschließen. Die Fertigstellung ist für Ende 2008 vorgesehen.

Hauptstaatsarchiv Dresden

Das zwischen 1912 und 1915 errichtete Gebäude des Hauptstaatsarchivs zählte seinerzeit zu den modernsten Archibauten Europas. Nun – nach 90 Jahren – entspricht es verständlicherweise in weiten Teilen nicht mehr den fachlichen Anforderungen. Insbesondere das Magazinegebäude ist dringend sanierungsbedürftig. Die

Lagerungskapazitäten sind seit Jahren völlig erschöpft. Verschiedene notwendige Funktionsbereiche fehlen oder sind nur eingeschränkt nutzbar. Neben der Sanierung des bestehenden Gebäudekomplexes ist die Errichtung eines Erweiterungsbaus unverzichtbar. Hier erweist sich die vorausschauende Planung unserer Vorfahren als sehr hilfreich, die seit 1915 die Fläche für diese Erweiterung gleich nebenan vorgehalten haben. Nach Genehmigung des Bauantrages im Juli 2004 wurde inzwischen der Auftrag für die sich anschließenden Planungen erteilt. In diesem Zusammenhang wird derzeit ein Architektenwettbewerb durchgeführt, dessen Ergebnisse im ersten Quartal 2005 vorliegen sollen. Der Baubeginn ist für 2006 vorgesehen.

*Dr. Volker Jäger
Staatsministerium des Innern*

Überblick unter Tage – Beständeübersicht des Bergarchivs Freiberg erschienen

Nach langjährigen Vorarbeiten, deren Anfänge bis in die Zeit der Gründung des Bergarchivs als historisches Staatsarchiv zurückreichen, erschien im Dezember 2003 die Beständeübersicht des Bergarchivs Freiberg. Mit der Unterstellung des Bergarchivs

unter die Staatliche Archivverwaltung der DDR im Jahr 1967 begann die Abgrenzung und die Erschließung der Bestände. Der seit 1977 geführte Zentrale Bestandsnachweis (ZBN) diente zunächst als rein internes Hilfsmittel und umfasste die Eckdaten zu den Beständen. Mit der Vielzahl neuer Bestände und einer gestiegenen Nutzung im Bergarchiv nach 1990 wuchs das Bedürfnis nach einem verbesserten Rechercheinstrument.

Die 1994 veröffentlichte Übersicht über „Die Bestände des Sächsischen Hauptstaatsarchivs und seiner Außenstellen Bautzen, Chemnitz und Freiberg“ sollte auch das Bergarchiv einbeziehen; erschienen sind jedoch nur zwei Teilbände für das Hauptstaatsarchiv Dresden. Eine erste Fassung der Beständeübersicht, die die Mitarbeiter des Bergarchivs zu dieser Zeit erarbeiteten, blieb ungedruckt. Zu einer ersten Veröffentlichung von Informationen über die Freiburger Bestände kam es 1995 im sächsi-

sehen Archiv- und Beständeleiter „Archive im Freistaat Sachsen“, den Ingrid Grohmann herausgab (2003 erschien eine Neuauflage). Danach setzte das Bergarchiv die Arbeiten an einer Beständeübersicht kontinuierlich fort. 1999 konnte Uwe Grandke eine erste Fassung als Hilfsmittel für die Benutzer des Bergarchivs vorlegen. Sie bildete die Ausgangsbasis der nun vorliegenden gedruckten Übersicht.

Mit dieser Übersicht über die im Bergarchiv verwahrten Bestände wird die Reihe der Beständeübersichten der sächsischen Staatsarchive eröffnet. Sie enthält Angaben über die Geschichte der einzelnen Behörden, Einrichtungen und Personen sowie über Inhalt, Umfang und Erschließungszustand der Bestände. Damit stellt sie nicht nur eine wichtige Orientierungshilfe über die Überlieferung zum sächsischen Bergbau und Hüttenwesen dar, sondern ermöglicht nun auch eine gezielte Vorbereitung auf einen Besuch im Berg-



Titelseite der Beständeübersicht des Bergarchivs Freiberg

archiv und eine Vorauswahl für die Benutzung. Zugleich wird auf die thematisch einschlägigen Bestände anderer Häuser inner- und außerhalb Sachsens verwiesen. Eine Geschichte des Bergarchivs mit einer Auswahlbibliographie, Abbildungen typischer Archivalien sowie Register der Orte,

Personen und Provenienzen runden den Band ab.

Der Öffentlichkeit wurde die Beständeübersicht des Bergarchivs am 21. Januar 2004 im Rahmen eines Festaktes mit Staatsminister Rasch und zahlreichen geladenen Gästen präsentiert. Nicht nur unter Bergbauinteressierten

erfreut sie sich inzwischen einer regen Nachfrage. Für 20 Euro kann sie im Buchhandel (ISBN 3-89812-216-6) oder bei den Sächsischen Staatsarchiven bezogen werden.

*Dr. Andreas Erb
Bergarchiv Freiberg*

Schlüssel zur Geschichte der Leipziger Region – neue Beständeübersicht des Staatsarchivs Leipzig



Titelseite der Beständeübersicht des Staatsarchivs Leipzig

Mit der „Übersicht über die Bestände des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig“ konnte der Öffentlichkeit im Frühjahr 2004 bereits die zweite Beständeübersicht in der Veröffentlichungsreihe der Sächsischen Archivverwaltung vorgelegt werden. Das zweibändige Nachschlagewerk vereinigt auf über 700 Seiten sämtliche Bestände des Leipziger Staatsarchivs, eingeleitet durch einen archivgeschichtlichen Abriss und ergänzt durch ein Literaturverzeichnis sowie einen gesonderten Abbildungsteil mit 32 Farbfotos von repräsentativen Dokumenten und Ansichten der Archivgebäude. Die Übersicht kann in den sächsischen Staatsarchiven oder im Buchhandel (ISBN 3-89812-218-2) für 48,- € erworben werden.

Der Gesamtbestand des Staatsarchivs setzt sich heute aus ca. 2.000 Bestän-

den mit rund einer Million Archivalien zusammen. Jeder Bestand ist mit seinen Grunddaten zu Laufzeit, Inhalt, Geschichte, Umfang und Findhilfsmittel verzeichnet. Die Inhaltsangabe hebt wichtige Überlieferungsbereiche hervor. Den Schwerpunkt der Beschreibung der Bestände bildet ein verwaltungsgeschichtlicher Überblick. Er erschließt die Geschichte und Zuständigkeit der einzelnen Bestandsbildner, gibt Auskunft über Vorgänger, Umstrukturierungen, Namenswechsel und Nachfolgeeinrichtungen. Auf diese Weise bietet das Werk eine komprimierte Verwaltungsgeschichte der Leipziger Region.

Die Beständeübersicht ermöglicht den Zugang zu den Informationen auf mehreren Wegen: Die Gliederung der Bestände entspricht der einheitlichen Tektonik der sächsischen Staatsarchive, die an den Zäsuren der sächsischen Landesgeschichte orientiert ist. Sie ermöglicht einen systematischen Rechercheansatz, der vom Herkunfts- und Entstehungszusammenhang der Unterlagen, dem Provenienzprinzip, ausgeht. Zusätzlich sind sämtliche Bestände und die in den Beschreibungen enthaltenen Provenienzstellen in einem umfangreichen Register verzeichnet. Darüber hinaus runden ein Orts- und ein Personenregister das Angebot für den Forscher ab.

Der Nutzer findet im Staatsarchiv Leipzig die Unterlagen sächsischer Mittel- und Lokalbehörden und Gerichte und einiger Bundes- und Reichsbehörden sowie Ritterguts-

und Wirtschaftsbestände, Nachlässe und Sammlungen aus dem Regierungsbezirk Leipzig und seiner historischen Vorgänger. Zusätzlich werden Sammlungen zur Familien- und Personengeschichte der Abteilung Deutsche Zentralstelle für Genealogie aus dem europäischen deutschsprachigen Raum und audiovisuelle Medien für alle sächsischen Staatsarchive verwahrt. Die Überlieferung setzt im 13. Jahrhundert ein und reicht bis in die unmittelbare Gegenwart.

Die Beständeübersicht erweitert die Informationsangebote des Staatsarchivs Leipzig für die Öffentlichkeit. Sie spiegelt die Ergebnisse der zielgerichteten, 50-jährigen Arbeit der Archivare wider, die das Archiv zum Gedächtnisspeicher der Leipziger Region werden ließen. Dazu gehört die Überlieferungsbildung ebenso wie die gerade in den letzten Jahren forcierte Beständeerschließung, wovon ein hoher Grad an Benutzbarkeit der Unterlagen zeugt. Der interne Erkenntnisgewinn ist evident: Die mit der Drucklegung einhergehende redaktionelle Bearbeitung der Bestände-Einträge schärfte den Blick für Ordnungsprobleme, Lücken in der Überlieferung und Desiderate der sächsischen Verwaltungsgeschichte. Die intensive Phase der Beschäftigung mit dem Gesamtbestand eines Archivs darf als positive Erfahrung den Archivarskollegen vermittelt werden.

*Birgit Richter
Staatsarchiv Leipzig*

„32 Millionen im Gepäck“ – Innenminister Rasch zu Besuch im Hauptstaatsarchiv Dresden

Am 30. Juli 2004 konnte das Hauptstaatsarchiv seinen obersten Dienstherren, Innenminister Horst Rasch, als besonderen Gast begrüßen. Unter dem Motto „Fundgrube Hauptstaatsarchiv“ hatte der Minister Vertreter der Medien zum gemeinsamen Besuch der sonst verschlossenen Magazine in der Dresdner Archivstraße eingeladen. Er nahm den kleinen Einblick in die Schätze des Hauses zum Anlass, über den aktuellen Stand der Bau- und Sanierungsarbeiten am Standort zu informieren. Danach können nun bis zur Feier des 175. Gründungsjubiläums des Hauptstaatsarchivs im Jahr 2009 umfangreiche, bereits seit längerem notwendige Modernisierungs- und Erweiterungsmaß-

nahmen mit einem Finanzvolumen von 32 Millionen Euro durchgeführt werden. Die Investition in den Umbau wird die Nutzungsmöglichkeiten des Archivs und die Unterbringung der wertvollen Archivalien erheblich verbessern, denn die 1915 errichteten Magazine entsprechen bei weitem nicht mehr den heutigen Standards für eine optimale Bestandserhaltung. Das Hauptstaatsarchiv, das derzeit etwa 41 Kilometer Aktenmaterial, 50.000 Urkunden, 400.000 Fotos und über 300.000 Karten verwahrt, wird damit wieder zu einem der modernsten Archivgebäude Deutschlands in Bezug auf Unterbringung und Benutzung werden. In einem Rundgang durch die Benutzersäle konnte Staatsmini-

ster Rasch einen persönlichen Eindruck von den Arbeitsmöglichkeiten im Archiv gewinnen, dessen technische Ausstattung bereits jetzt eine benutzerfreundliche Recherche für die mehr als 10.000 Besucher pro Jahr bietet. Der Leiter des Hauptstaatsarchivs, Dr. Guntram Martin, betonte, dass im Dresdner Haus, einem der bedeutendsten Archive Europas, Kulturgüter zu finden sind, deren Qualität mit den Schätzen der staatlichen Kunstsammlungen ohne weiteres vergleichbar ist. Anhand einer kleinen Auswahl von Dokumenten aus 1000 Jahren sächsischer Geschichte, darunter der so genannten Goldenen Bulle von 1376, einem der ältesten und wirkungsreichsten deutschen Verfassungsdokumente, überzeugte sich Minister Rasch von der Aura dieser einzigartigen historischen Quellen, deren Erhaltung im Original zu den wichtigsten Aufgaben des Hauptstaatsarchivs zählt. Sein besonderes Interesse fand natürlich das königliche Gründungsdekret des Innenministeriums aus dem Jahr 1831 – auch dieses, obwohl äußerlich unscheinbar, ein unersetzliches Unikat, das unter anderem die eigenhändige Konzeption des ersten sächsischen Innenministers Bernhard August von Lindenau zum Aufbau seines Ministeriums enthält. Mit der baulichen Modernisierung der Dresdner Magazine, deren Vorbereitungsphase bereits angelaufen ist, werden nunmehr die zeitgemäßen Bedingungen für eine dauerhafte und sichere Verwahrung dieses kulturellen Erbes geschaffen.



Archivleiter Dr. Guntram Martin erläutert Staatsminister Horst Rasch (rechts) ein Beispiel aus dem wertvollen Kartenbestand des Hauptstaatsarchivs Dresden
Foto: Sylvia Reinhardt

Dr. Peter Wiegand
Hauptstaatsarchiv Dresden

Tag der Archive 2004 – Entdeckungsreise durch sächsische Archive

In den Archiven Geschichte entdecken! Unter diesem Motto konnten interessierte Bürgerinnen und Bürger zum diesjährigen Tag der Archive (25. September 2004) wieder eine Entdeckungsreise durch die sächsischen Archive antreten. Die sächsi-

schen Staatsarchive in Chemnitz, Dresden, Freiberg und Leipzig hielten dazu auch in diesem Jahr interessante Informationsangebote bereit. Am 24. September zeigte das *Hauptstaatsarchiv Dresden* unter dem Titel „Fünfzehn bewegen Millionen“ Aus-

schnitte aus Werbe- und Lehrfilmen der DDR zu so verschiedenen Themen wie PKW-Produktion, Feldküchen, maschinelle Obsternte oder Brandschutz. Bei zwei Vorführungen konnten insgesamt 60 Besucher gezählt werden. Am 25. September

fand ein Tag der offenen Tür statt. Hier bestand Gelegenheit zur Besichtigung des Archivs und von ausgewählten Archivalien. Im Mittelpunkt stand eine Archivalienpräsentation unter dem Motto „Vom Egerer Hauptvergleich bis zur Flutkatastrophe 2002 – Vom Wert bewahrter Überlieferung aus 1000 Jahren sächsischer Geschichte“, die vielfältige Dokumente zu herausragenden historischen Ereignissen, mit besonderem Rechtscharakter oder in besonders sehenswerter Überlieferungsform vereinte. Ungefähr 760 Besucher nahmen dieses Angebot wahr.

Das *Staatsarchiv Chemnitz* präsentierte zum Tag der Archive am 25. September eine Ausstellung unter dem Titel „Lieblingskinder – 100 Jahre Automobilbau in Sachsen“, die zahlreiche interessante Dokumente zur Automobilgeschichte in Südwestsachsen enthielt und zu der auch Führungen angeboten wurden. Ferner ermöglichte das Staatsarchiv einen Blick hinter die Kulissen und informierte über die Arbeitsaufgaben Behördenbetreuung/Bewertung, Be-

nutzung/Erschließung und Bestandserhaltung, was auch Führungen durch die sonst unzugänglichen Magazine einschloss. Mit 170 Besuchern nutzten etwa dreimal soviel Interessierte wie 2001 die Informationsangebote des Staatsarchivs Chemnitz.

Das *Staatsarchiv Leipzig* konnte zum Tag der Archive 150 Besucher begrüßen – fast 70 % mehr als 2001. Unter dem Motto „Archivgut entdecken“ wurden aus den über 2.200 Beständen des Staatsarchivs einige Stücke im Original vorgestellt, die beispielhaft für die Musik in der Geschichte Leipzigs stehen. Als Publikumsmagnet erwies sich die Station „Geschichte authentisch erleben“ – dazu präsentierten die Mitarbeiter als szenische Lesung einen Hexenprozess, weitgehend wortgetreu zur Prozessakte aus dem Jahr 1660, die die Zuschauer als Original bestaunen und anhand einer Kopie auch selbst einsehen konnten.

Archivführungen erlaubten einen Blick hinter die Kulissen.

Das *Bergarchiv Freiberg* machte an seinen beiden Standorten (Kirchgasse

und Fuchsmühlenweg) die Benutzerräume, einige Arbeitsräume sowie bestimmte Abschnitte des Magazinbereichs zugänglich. Es zeigte in Archivalienausstellungen einen Querschnitt seiner Überlieferung und stellte herausragende Stücke sowie kuriose Funde vor. Ferner informierte es über moderne Methoden der Erschließung, technischen Bearbeitung und Bestandserhaltung von Archivalien. Am Standort Kirchgasse war im Foyer die Schneeberg-Ausstellung „500 Jahre Markus-Semmler-Stolln“ zu sehen, die neben der Geschichte dieses Bergbaudenkmals auch über die vielfältigen Abbaubereiche des dortigen Reviers einführte. Insgesamt konnten 348 Besucher gezählt werden. Dem positiven Fazit des VdA-Vorstandes über den diesjährigen Tag der Archive kann sich die sächsische Archivverwaltung voll anschließen. Die Mühen der Vorbereitung und der Durchführung haben sich gelohnt. Voraussichtlich im Jahr 2006 soll der nächste Tag der Archive stattfinden.

Dr. Jörg Ludwig
Staatsministerium des Innern

Archivarsaustausch zwischen Sachsen und Tschechien fortgeführt

Mit dem Besuch von vier sächsischen Kollegen im September/Oktober 2004 im Zentralen Staatsarchiv in Prag wurde der im vergangenen Jahr begonnene Arbeitsaustausch zwischen der tschechischen und sächsischen Archivverwaltung fortgesetzt. Der Aufenthalt hatte zum Ziel, Materialsammlungen zum Bereich Bergbau und zur Geschichte der Ober- und Niederlausitz zu erstellen, die später zu Quelleninventaren führen sollen. Außerdem ging es um die Unterstützung bei der Erstellung einer deutschsprachigen Internetseite des Zentralen Staatsarchivs Prag.

Untergebracht waren wir im modernen und großzügigen Neubau des Staatsarchivs in Prag-Chodovec, wo uns die Direktorin, Dr. Eva Drašarová, begrüßte. Das Archivgebäude und seine Einrichtungen stellte Jaroslav Koláčný vor. Die ausgezeichneten

Benutzungsbedingungen und die Unterstützung der tschechischen Kollegen erleichterten die Arbeit sehr. Dafür gilt insbesondere Herrn Koláčný und den Mitarbeitern des Benutzersaals unser herzlicher Dank. Da die für die Geschichte der Lausitzen relevante Überlieferung zur Abteilung 1 gehört, welche weiterhin im Altgebäude des Staatsarchivs in Prag-Dejvice untergebracht ist, erfolgte auch ein Besuch in dieser Abteilung, wo wir von der dortigen Leiterin, Dr. Alena Pazderová, empfangen und trotz laufender Sanierungsarbeiten sowohl durch die Magazine als auch Benutzerräume geführt wurden.

Die Durchsicht der tschechischsprachigen Findmittel, die vollständig im Neubau in Chodovec einsehbar sind, ergab eine umfangreiche Überlieferung zu beiden Themenbereichen, so

dass insbesondere die Arbeit zu den Lausitzen nicht abgeschlossen werden konnte und einer Fortführung in den kommenden Jahren bedarf. Als besonders ergiebig erwies sich neben den Beständen „Lausitzer Schriften“ und „Lausitzer Seminar“ die Urkundenüberlieferung.

Die abendlichen Exkursionen in die reizvolle Innenstadt von Prag ermöglichten auch eine kurze Besichtigung der Ausstellung „Destruction and Hope. The Archives & The Floods“, in der das vom Augusthochwasser 2002 besonders stark betroffene Stadtarchiv Prag gemeinsam mit dem Archiv der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik über die Situation während der Flut, die durchgeführten Restaurierungsarbeiten und die zahlreichen Helfer informierte.

Petra Sprenger
Staatsministerium des Innern

Archive leisten einen Beitrag für die Wissensgesellschaft

„Sich regen bringt Segen? Arbeit in der Geschichte“ – so lautet das neue Thema des Geschichtswettbewerbes des Bundespräsidenten, an dem sich Kinder und Jugendliche zwischen 8 und 21 Jahren beteiligen können. Die Körber-Stiftung stellt Sach- und Geldpreise im Gesamtwert von 250.000 Euro zur Verfügung. Einsendeschluss ist der 28. Februar 2005.

Die Teilnahme von Schülern aus Sachsen und den anderen östlichen Bundesländern ist immer noch vergleichsweise niedrig. Zusammen mit dem Regionalschulamt Leipzig und der Sächsischen Akademie für Lehrerfortbildung begrüßten wir im Staatsarchiv Leipzig am 21. September Lehrer aus dem Raum Leipzig, um über die Chancen der Zusammenarbeit zwischen Schule und Archiv zu informieren. Das Arbeiten mit Ar-

chivgut eröffnet als entdeckendes Lernen die Möglichkeit, genau die Qualifikationen zu erwerben, die laut PISA-Studie im deutschen Bildungswesen noch entwicklungs-fähig sind und die auch in den aktuellen Lehrplänen, wenn man etwa an das interdisziplinäre Arbeiten denkt, gefördert werden sollen.

Im Rahmen des von der Körber-Stiftung veranstalteten Leipziger Workshops zum Geschichtswettbewerb kamen am 28. September Lehrer aus ganz Deutschland für einen Tag ins Leipziger Staatsarchiv. Im Mittelpunkt stand hier die Gruppenarbeit mit Archivgut. Als besonders geeignet für das Wettbewerbsthema erwiesen sich die in den Staatsarchiven der östlichen Bundesländer reichhaltig überlieferten Wirtschaftsbestände. Die eigene Arbeit am Archivgut ver-

mittelte den Lehrern Erfahrungen, mit denen sie später ihre Schüler in Kooperation mit dem Archivar an Archivgut heranführen und ihre Teilnahme am Wettbewerb erfolgreich betreuen können.

Bildquellen aus dem Bestand Pieresche Hofbuchdruckerei Altenburg und aus dem Bestand Kammgarnspinnerei Leipzig schenkten Einblicke in Arbeitsbedingungen der frühen Industrialisierung. Arbeitsordnungen aus der Zeit von 1880 bis 1939 sowie Betriebsratsprotokolle aus verschiedenen Wirtschaftsbeständen verdeutlichten die im Kontext der Weimarer Republik sich durchsetzenden Partizipationsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer und deren Zurückdrängung im Dritten Reich.

*Dr. Hans-Christian Herrmann
Staatsarchiv Leipzig*

Neu erworbene Nachlässe im Staatsarchiv Leipzig

Vor kurzem konnte ein Findbuch zum Nachlass von Horst Mende vorgelegt werden, der seine Unterlagen dem Staatsarchiv Leipzig im Juli 2004 geschenkt hatte. Mende, 1919 in Leipzig geboren, lebte seit Ende der 50er Jahre in der Bundesrepublik und war u. a. als Buchhändler in Nürnberg tätig. Der Nachlass umfasst eine Vielzahl von Primärquellen des in der Messestadt Aufgewachsenen, bspw. eine lückenlose Überlieferung von Zeugnissen und Impfscheinen. Nach 1945 arbeitete Mende als Dolmetscher für die amerikanische Besatzungsregierung in Leipzig, nach deren Abzug für die russische. Es folgten Studium der Publizistik in Leipzig und Tätigkeit als Redakteur

bei der DEFA-Wochenschau. Aufgrund von Kontakten zum Ost-Büro der SPD wurde Mende im November 1952 verhaftet und im Mai 1953 vom Bezirksgericht Leipzig zu 15 Jahren Haft verurteilt. Der Nachlass umfasst die Prozessunterlagen, enthält aber auch Druckschriften der DDR-Bürgerbewegung, Wahlkampfmaterialien der DSU und anderer Parteien, eine umfangreiche Dokumentation zu speziellen Themen des Wiedervereinigungsprozesses, bspw. zur Leipziger Bücherei und zur Stadtentwicklung Leipzigs, aber auch Dinge, die so nicht zu erwarten wären, wie seltene Werkszeitschriften der Firma Siemens aus den frühen 30er Jahren. Im Sommer letzten Jahres wurde dem

Staatsarchiv außerdem der Nachlass von Hermann Reichenbach geschenkt. Die Unterlagen des ehemaligen Kinobetreibers eröffnen Einblicke in Aufbau und Betrieb eines Lichtspieltheaters von den zwanziger Jahren bis in die frühe Nachkriegszeit. Neben Geschäftsbüchern, die es erlauben, lückenlos über Jahre hinweg das Kinoprogramm, die Besucherzahlen und die erwirtschafteten Einnahmen nachzuvollziehen, beinhaltet der Bestand Materialien zur Kinowerbung und eine Sammlung von Presseausschnitten zur Entwicklung des Urheberrechts. Der Nachlass wurde 2004 vollständig erschlossen.

*Dr. Hans-Christian Herrmann
Staatsarchiv Leipzig*

Ausstellungen zu aktuellen Themen im Sächsischem Staatsarchiv Leipzig

Das Thema Weimarer Republik erfreut sich mit Blick auf den Beginn des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914, aber auch vor dem Hintergrund der Gegenwartsproble-

me, derzeit wieder eines wachsenden Interesses. Nicht zuletzt deshalb präsentierte das Staatsarchiv Leipzig eine vom Bundesarchiv und der Erinnerungsstätte für die Freiheits-

bewegung in der deutschen Geschichte konzipierte Ausstellung zu „Matthias Erzberger. Reichsminister in Deutschlands schwerster Zeit“.

Die Ausstellung wurde am 13. September durch den Leiter der Außenstelle Rastatt des Bundesarchivs, Professor Dr. Wolfgang Michalka, sowie durch Professor Dr. Ulrich von Hehl, Universität Leipzig, mit Vorträgen zu Erzberger und zu Sachsen in der Weimarer Republik eröffnet.

Erzbergers politisches Lebenswerk steht beispielhaft für die Weimarer Republik. Er zählte zu den Wegbereitern der parlamentarischen Demokratie und war der Schöpfer der einheitlichen Reichsfinanz-Verwaltung, die

in ihrer Bedeutung von den Zeitgenossen kaum erkannt und wegen der Inflation zunächst nicht voll wirksam wurde. Diese Verwaltungsreform war der Schritt zum deutschen Einheitsstaat, da die bisherige Finanzhoheit der Länder beschnitten wurde (u. a. fiel dem Reich die Zuständigkeit für die Eisenbahn zu), ohne aber deren Interessen über das notwendige Maß hinaus zu verletzen. Erzberger fiel am 26. August 1921 einem Attentat zum Opfer. Seine Ermordung steht stellvertretend für die politische Po-

larisierung und Radikalisierung, die auch zum Scheitern der Weimarer Republik beitrug.

Ein anderes Thema, das derzeit heftig diskutiert wird, ist die Vertreibung, der sich am Beispiel der Vertreibung der Sudetendeutschen die Ausstellung „Odsun“ widmet, die vom Sudetendeutschen Archiv München konzipiert wurde. Sie ist vom 22. November bis zum 12. Januar 2005 im Staatsarchiv Leipzig zu sehen.

*Dr. Hans-Christian Herrmann
Staatsarchiv Leipzig*

Sachverständigenausschuss konstituiert

Auf der Grundlage des „Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung“ werden für Deutschland besonders bedeutsame Kulturgüter in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes und national wertvoller Archive eingetragen. Zielsetzung des Gesetzes, dessen erste Fassung aus dem Jahre 1955 stammte, war es, den infolge von Verkäufen ins Ausland aufgrund der Geldentwertung und insbesondere durch den Krieg stark dezimierten deutschen Kulturbesitz gegen weitere Abwanderung ins Ausland zu schützen. Im Rahmen des Eintragungsverfahrens haben die jeweils zuständigen obersten Landesbehörden das Votum eines Sachverständigenausschusses einzuholen. Nachdem Staatsminister Horst Rasch die Mitglieder des Sachverständigenausschusses für Archive bereits letztes Jahr berufen hatte, fand die konstituierende Sitzung des Ausschusses am 5. Oktober 2004 in Dresden statt. Mitglieder des Ausschusses sind: Sigrid Häbler (Kreisarchiv Vogtlandkreis), Perk Loesch (Sächsische Landesbibliothek –

Staats- und Universitätsbibliothek Dresden), Prof. Dr. Winfried Müller als Vertreter des Bundes (Technische Universität Dresden), Dr. Rosemarie Pohlack (Landesamt für Denkmalpflege) und Lutz Georg Röth (Sächsisches Buch- und Graphikkabinett GmbH). Als stellvertretende Mitglieder wurden Dr. Petra Listewnik (Sächsisches Wirtschaftsarchiv e.V.), Dr. Hartmut Ritschel (Landesamt für Denkmalpflege) und Prof. Dr. Manfred Rudersdorf (Universität Leipzig, stellvertretender Bundesvertreter) ernannt. Der Ausschuss wählte in der konstituierenden Sitzung Prof. Dr. Müller zum Vorsitzenden und Sigrid Häbler zur stellvertretenden Vorsitzenden.

In das Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes werden Objekte eingetragen, deren Wegführung aus dem Bundesgebiet einen wesentlichen Verlust für den deutschen Kulturbesitz bedeuten würde. Dem entsprechend werden in das Verzeichnis national wertvoller Archive solche eingetragen, die wesentliche Bedeutung für die deutsche politische, Kultur-

und Wirtschaftsgeschichte besitzen. Durch die Eintragung eines Objektes wird dessen Ausfuhr ins Ausland von einer Genehmigung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien abhängig gemacht. Verfügungen im Inland bleiben uneingeschränkt möglich. In das Verzeichnis wird allerdings nur Kulturgut eingetragen, das sich im privaten Eigentum befindet. Nicht eingetragen werden demnach Objekte, die sich im öffentlichen oder kirchlichen Eigentum befinden. Für die Eigentümer führt die Eintragung bei bestimmten Steuerarten zu steuerlichen Vorteilen. Gemäß der Ressortabgrenzung in der Sächsischen Staatsregierung ist das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst für die Eintragung von Kunstwerken und anderem Kulturgut einschließlich Bibliotheksgut und das Sächsische Staatsministerium des Innern für die Eintragung von Archiven, archivalischen Sammlungen, Nachlässen und Briefsammlungen zuständig.

*Silke Birk
Staatsministerium des Innern*

Mehr als 33.000 Besucher sahen Ausstellung „Passage Frankreich–Sachsen“ in Schloss Moritzburg

Die Gemeinschaftsausstellung des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden, der Universität Leipzig, des Stadtgeschichtlichen Museums Leip-

zig und der Staatlichen Schlösser und Gärten Sachsens war vom 25. Juni bis 31. August 2004 in Schloss Moritzburg zu sehen. Nach der ersten Stati-

on der Ausstellung in Leipzig (s. Sächsisches Archivblatt 1/2004) konnte damit in Schloss Moritzburg auch dem Publikum aus der Dresdner

gung und der Fachausbildung. Der Großteil der Besucher konnte erstmalig auf die sächsische Archivlandschaft aufmerksam gemacht werden. Für diese Form der Öffentlichkeitsarbeit bezeugte auch der sächsische Innenminister Horst Rasch bei seinem

Rundgang dem Staatsarchiv Anerkennung.

Die Sächsische Archivverwaltung bzw. das im Januar 2005 gebildete Sächsische Staatsarchiv wird auch im nächsten Jahr auf dem „Tag der Sachsen“ präsent sein. In Weißwasser soll

eine unter Federführung des Staatsarchivs Chemnitz erarbeitete Ausstellung zur Geschichte des sächsischen Automobilbaus eröffnet werden.

Birgit Richter
Staatsarchiv Leipzig

Rezensionen

Norbert Reimann (Hrsg.), Praktische Archivkunde – Ein Leitfaden für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, Ardey-Verlag, Münster 2004, geb., 357 Seiten, ISBN 3-87023-255-2

Seit im Jahr 1998 der Ausbildungsberuf Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste geschaffen wurde, gibt es in Deutschland nach einer Pause von acht Jahren wieder eine spezifische Ausbildung im Bereich des mittleren Dienstes, denn die Ausbildung zum Archivassistenten in der DDR war mit der Wiedervereinigung weggefallen.

Die Ausbildung gliedert sich in den berufspraktischen Teil im Ausbildungsarchiv und in den theoretischen Teil in der Berufsschule. Für die Berufsschulen entstanden mit dem neuen Ausbildungsberuf erhebliche Probleme, da es für ihn weder ausgebildete Lehrkräfte noch geeignete Fachliteratur gab. Die Aufgabe, die Lücke auf dem Gebiet der Fachliteratur zu schließen, hat sich das vorliegende Buch gestellt. Bereits die Ankündigung während des 74. Deutschen Archivtages 2003 in Chemnitz rief ein zustimmendes Echo hervor. In Fachkreisen erwartete man mit großem Interesse das Erscheinen des Buches, das, wie Norbert Reimann im Vorwort schreibt, „ein Gemeinschaftswerk aller Referentinnen und Referenten des Westfälischen Archivamtes“ ist.

Die Palette der behandelten Themen reicht von Informationen über das Berufsbild des Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, über Grundfragen der

Organisation des Archivwesens und die gesamte Breite der archivarisches Tätigkeiten bis hin zu den Hilfswissenschaften und der Verwaltungsgeschichte. Dazu kommt ein umfangreicher Anhang, in dem u. a. Fachbegriffe von A wie Ablieferungsverzeichnis bis Z wie Zwischenarchiv trotz der gebotenen Kürze verständlich erläutert werden. Ein gut gegliedertes Literaturverzeichnis enthält umfangreiche Hinweise auf ergänzende bzw. weiterführende Veröffentlichungen. Das Verzeichnis wichtiger Internetadressen und Musterbeispiele für häufig benötigte Schriftstücke ergänzen das Informationsangebot.

Der Leitfaden ist durchweg verständlich geschrieben. Er verzichtet auf allzu wissenschaftliche Ausführungen und bietet vielmehr beispielhafte Erläuterungen, die auch dem archivisch nicht vorgebildeten Leser den Zugang zur archivarisches Arbeit erleichtern. Die zahlreichen Abbildungen tragen ganz erheblich zur Veranschaulichung und zum Verständnis bei. Breiten Raum nehmen die Ausführungen zu den archivarisches Tätigkeiten ein, die der Fachangestellte vorwiegend ausführen wird. Dazu zählen Erschließung und technische Bearbeitung von Archivgut ebenso wie die Betreuung der Benutzer und die Übernahme von Archivgut. Im Überblick werden aber auch die Themen dargestellt, mit denen der künftige Fachangestellte in der Regel nicht befasst sein wird. So wird beispielsweise die Bewertung von Schriftgut als eine der schwierigsten archivarisches Tätigkeiten kurz umrissen.

Dank gilt dem Herausgeber Norbert Reimann für ein gelungenes Werk, das

Auszubildenden, Lehrkräften an den Berufsschulen und Ausbildern in den Archiven für die nächsten Jahre ein wertvolles Hilfsmittel bei der Ausbildung der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste sein wird.

Birgit Giese
Staatsarchiv Leipzig

Beatrix Heintze, Walter Cramer, die Kammgarnspinnerei Stöhr & Co. in Leipzig und die sogenannte „Judenfrage“. Materialien zu einer Gratwanderung zwischen Hilfe und Kapitulation (Sächsisches Wirtschaftsarchiv e. V., Erinnerungen, Bd. 3), Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2003, geb., 143 S., ISBN 3-935693-87-7

Beatrix Heintze, Enkelin des Leipziger Industriellen Walter Cramer und Ethnologin mit Forschungsschwerpunkt in Zentralafrika, legt mit dieser Publikation einen bedeutenden Beitrag zur Geschichte des deutschen Widerstandes im 3. Reich vor. Als Vorstandsmitglied der Kammgarnspinnerei Stöhr & Co. in Leipzig lenkte Cramer die Geschicke eines großen Unternehmens und war einer der wenigen Vertreter der deutschen Wirtschaft, die sich aktiv auf die Seite der Hitlergegner stellten. Als Freund und Mitstreiter von Carl Goerdeler wurde er später hingerrichtet.

Heintze, die bereits mehrere Publikationen über Cramer und seine Verbindungen zur Bewegung des 20. Juli verfasst hat, beschäftigt sich in diesem Buch mit seinem Einsatz gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung. Anhand des im Staatsarchiv Leipzig

verwahrten Firmenarchivs von Stöhr & Co. (zu Unterlagen aus dem Firmenarchiv der Kammgarnspinnerei Stöhr, die nach 1945 aus den westdeutschen Tochtergesellschaften bzw. Beteiligungen von Stöhr & Co. gegründet worden war, erhielt die Autorin nach eigenen Angaben keinen Zugang) schildert sie auf fesselnde Weise, mit welcher Zähigkeit und mit welchem Geschick ihr Großvater jüdischen Firmenmitgliedern, Vertretern und Geschäftspartnern half, die antisemitischen Anordnungen der Nationalsozialisten abzuwenden und zu unterlaufen oder doch wenigstens ihre Umsetzung hinauszuzögern. Dieser Kampf verdient um so mehr Hochachtung, als er gegen eine Übermacht von Bürokratie, Partei und Polizeigewalt geführt wurde, und sein Scheitern eigentlich absehbar war. Was hätte in Deutschland und Europa nicht alles verhindert werden können, wenn nach 1933 mehr Menschen so gedacht und gehandelt hätten wie Walter Cramer!

Eine Herausforderung der Arbeit bestand darin, die Absichten, Ziele und Handlungen Cramers in der mitunter spröden Wirtschaftskorrespondenz und dem verklausulierten Schriftverkehr mit amtlichen Stellen herauszufiltern. Nur selten vertraute er Briefen sein politisches Credo an, denn Unbefugte konnten Einsicht nehmen und ihn bei NS-Stellen verraten; nur selten äußerte er in der täglichen Unterhaltung seine wahren Absichten. Eine unvorsichtige Äußerung Cramers im April 1944, er müsse nach Budapest fahren, um sich dort „um seine armen Juden zu kümmern“, führte dann auch zu Denunziation und Einleitung eines Verfahrens wegen Wehrkraftersetzung sowie – nachdem sich die Verbindung zu Goerdeler und anderen Verschwörern des 20. Juli herausgestellt hatte – zu Verhaftung und Hinrichtung. Beatrix Heintze lässt in umfangreichem Maße die überlieferten Quellen selbst sprechen, deren Interpretation nicht nur erfordert, „zwischen den Zeilen“ zu lesen, sondern auch sehr sorgsam darauf zu achten, welche Formulierungen wem gegenüber zu welchem Zeitraum gebraucht

wurden, und mit Recht vermeidet sie eine trockene und distanzierte Wissenschaftssprache.

Mit Heintzes eindringlicher Veröffentlichung vermehrt das Sächsische Wirtschaftsarchiv e. V. in Leipzig seine Veröffentlichungsreihe um einen bedeutenden Beitrag. In einer Bibliothek zur Geschichte des Nationalsozialismus in Deutschland bzw. Sachsen sollte dieses Buch nicht fehlen.

*Dr. Jörg Ludwig
Staatsministerium des Innern*

Katalog der Handschriften der Universitäts-Bibliothek Leipzig. Neue Folge, Bd. I, Teil 3, Die neuzeitlichen Handschriften der Nullgruppe (Ms 0601-01200), beschrieben von Detlef Döring, Wiesbaden 2003, Harassowitz Verlag, geb., 255 Seiten, ISBN 3-447-04754-2

Nach den beiden ersten Teilbänden des Katalogs zu den neuzeitlichen Handschriften der Universitätsbibliothek Leipzig (Rezension im Sächsischen Archivblatt 1/2003, S. 29 f.) konnte jetzt auch der dritte Teilband vorgelegt werden. Er umfasst die bis auf wenige Ausnahmen besetzten Signaturen 0601 bis 01200 der zur Publikation vorgesehenen Nullgruppe der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Leipzig und damit etwa doppelt so viele Stücke wie die beiden vorausgegangenen Bände. Für die Bearbeitung stehen jetzt noch die Signaturen 01201 bis 01512 aus.

Schwerpunktmäßig enthält dieser Band wissenschaftsgeschichtliches Material zur Universität Leipzig. Besonders zahlreich vertreten sind Vorlesungsnachschriften des 19. Jahrhunderts aus verschiedenen Fakultäten dieser Universität. Dem Charakter dieser Überlieferung, die nur relativ kurzer Erschließungsangaben bedarf, ist es wohl auch geschuldet, dass im hier vorgelegten Band eine größere Zahl von Manuskripten aufgenommen werden konnte als in den beiden vorangegangenen.

Neben den Vorlesungsnachschriften ist mit wissenschaftlichen Manuskripten

und auch einigen Gelehrtennachlässen weiteres wissenschaftsgeschichtliches Material enthalten. Umfangreich ist beispielsweise die Überlieferung zur Rechtswissenschaft, zur Theologie, zur Medizin und zur Musikwissenschaft. Aber auch aus anderen Bereichen sind Dokumente verzeichnet, die erhebliches Interesse beanspruchen. Stellvertretend sei das Reisetagebuch des Arztes Christian Gottlieb Ludwig über die von August dem Starken initiierte Nordafrika-Expedition von 1731 bis 1733 genannt (Ms 0662).

Durch Schenkungen und Ankäufe ist auch Verwaltungsschriftgut in die Universitätsbibliothek Leipzig gelangt, das sonst eher in Archiven verwahrt wird. Eine außerordentlich bedeutende Quelle dieser Art ist das Hofjournal für die Reise König Augusts III. von Polen zu seiner Krönung nach Krakau von 1734 (Ms 0634). Als weitere Beispiele seien ein Inventar des kursächsischen Amtes Dippoldiswalde aus dem Jahr 1664 (Ms 0766) und Dokumente zu den evangelischen Kirchenvisitationen des 16. Jahrhunderts in der Superintendentur Altenburg (Ms 0924) genannt.

An wertvollen Einzelstücken, die sich in die bisher genannten Überlieferungsgruppen nicht einordnen lassen, sind insbesondere Briefe Martin Luthers an Georg Brück (Ms 0659) und Philipp Melanchthons an Ulrich Mord-eisen (Ms 0660) erwähnenswert. Hervorzuheben sind auch die hier abschriftlich überlieferten Chroniken der Städte Tharandt (Ms 0760 und 0761) und Parchim (Ms 0824).

Vereinzelt hat in die Handschriften-sammlung auch Material Aufnahme gefunden, das nicht handschriftlich ist. Da man solche Dokumente hier nicht vermutet, sei besonders darauf verwiesen. So gibt es 15 französische Militär-karten, wahrscheinlich aus dem 18. Jahrhundert (Ms 0768), eine Sammlung von etwa 3.500 Siegeln (Ms 01018) und eine Sammlung von Mandaten und anderen Einblattdrucken (Ms 01154).

Auch der dritte Band dieses Katalogs wird in bewährter Weise von einem kombinierten Orts- und Personenregi-

ster abgeschlossen. Das Sachregister für das Gesamtwerk wird für den letzten Band angekündigt.

Der Bearbeiter des Katalogs hat in den Fällen, wo es wegen der Bedeutung oder des heterogenen Inhalts der Manuskripte geboten war, wieder eine sehr große Erschließungstiefe gewählt, die oftmals bis auf die Ebene der erhaltenen Einzeldokumente geht, beispielsweise beim oben erwähnten 176 Blätter umfassenden Material zur Kirchenvisitation in der Superintendentur Altenburg. Bei den sehr zahlreich enthaltenen Vorlesungsnachschriften ist die Beschränkung auf meist relativ kurze Angaben berechtigt, zumal eine tiefere inhaltliche Erschließung hier besonders hohen Arbeitsaufwand erfordern würde. Nutzungsanforderungen sind bei den Vorlesungsnachschriften vorwiegend von Wissenschaftshistorikern zu erwarten, die sich für den Werdegang des Wissenschaftlers, der die Vorlesung hielt, oder des Studenten, der sie aufzeichnete, interessieren. Die Recherche wird bei solchen Benutzungsvorhaben zunächst weniger auf den Inhalt der Vorlesungen als auf die gesuchten Personen abzielen. Bewusst kurz gefasst hat der Bearbeiter auch wiederum die Angaben zu den Nachlässen, die kein typischer Bestandteil einer Handschriftenabteilung sind und deren detaillierte Erschließung den Rahmen eines Handschriftenkatalogs sprengen würde.

*Eckhart Leisering
Hauptstaatsarchiv Dresden*

Stefanie Unger (Hrsg.), *Archive und ihre Nutzer – Archive als moderne Dienstleister. Beiträge des 8. Archivwissenschaftlichen Kolloquiums der Archivschule Marburg (= Veröffentlichungen der Archivschule Marburg, Institut für Archivwissenschaft, Nr. 39), Marburg 2004, geb., 261 Seiten, ISBN 3-923833-75-X*

Elf Fachbeiträge sowie ein einführendes Vorwort der Herausgeberin vereint die vorliegende Publikation. Als Ertrag des 8. archivwissenschaftlichen Kolloquiums an der Archivschule Marburg

im Mai 2003 werden die dort gehaltenen Vorträge nun einem breiteren Kreis Interessierter – vorwiegend wohl Kollegen aller Archivsparten im deutschsprachigen Raum – zugänglich gemacht. Über die Dienstleistungsfunktion der Archive in der sich wandelnden Gesellschaft ist in den vergangenen Jahren und Monaten immer wieder öffentlich und intern im Archivwesen diskutiert worden, nicht zuletzt auf den letzten beiden Deutschen Archivtagen in Trier und Chemnitz. Anders als der Titel vorliegender Publikation vermuten lässt, liegt deren Schwerpunkt weniger bei den „klassischen“ Nutzern und Dienstleistungen der Archive, sondern widmet sich den aktuellen strukturellen und informationstechnischen Veränderungen in den Verwaltungen und ihren Folgen für die Archive.

Der erste und mit 43 Seiten umfangreichste Beitrag mit dem Titel „Archive zwischen Risiko und Chance: Interner Umgang mit externen Bedingungen“ stammt von Gerd Schneider und spricht grundsätzliche Probleme und existenzielle Fragen der Archive sehr offensiv an. Schneider, von Haus aus Naturwissenschaftler und seit Jahren in der Management- und Organisationsberatung tätig, ist in Sachsen kein Unbekannter. Im Rahmen einer 2001 erfolgten externen Prüfung des Unterbringungsbedarfs der sächsischen Staatsarchive eröffneten sich Schneider umfassende Einblicke in Aufgaben, Arbeitsweise und Probleme der Archive. Aus dieser Kenntnis heraus legt Schneider in eindringlicher Sprache den Finger auf die wunden Punkte und appelliert an die Archive, sich in ihrem ureigensten Interesse stärkeres Gehör bei ihren Trägern und in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Nur wenn es den Archiven in kürzester Zeit gelinge, ihre Funktion für die Gesellschaft, ihre Unentbehrlichkeit für die Verwaltung und ihren Bedarf verständlich zu artikulieren, also archivfachliche Probleme in die Sprache der Haushälter und Politiker zu übersetzen, werden sie von größeren Einschnitten und Archivgutverlusten verschont bleiben. Intensiver müsse vor allem die Vorfeldarbeit, die Beratung von Re-

gistraturen, die rechtzeitige Abstimmung aller entscheidenden Fragen zur Schriftgutverwaltung, zur IT-Anwendung, die Entwicklung von Bewertungsmodellen und die Einflussnahme auf den Einsatz archivbeständiger Papiere gestaltet werden. Angesichts der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der daraus resultierenden umfassenden strukturellen Veränderungen in der Verwaltung können die Archive künftig nur bestehen, wenn sie sich als ernsthafte und nützliche Partner ihrer Träger, ihrer anbieterpflichtigen Stellen und ihrer Nutzer erweisen. Dazu sind innere Strukturen und Arbeitsschwerpunkte in den Archiven selbst zu optimieren, das Berichtswesen zu reformieren, die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen zu intensivieren sowie zu einer konsequent wirtschaftlichen Denk- und Handlungsweise überzugehen. Schneider zeigt hier aber nicht nur die Problemfelder und Schwachstellen der Archive deutlich auf, sondern bietet Argumente und Lösungswege an, die er in acht Thesen als Resümee zusammenfasst (vgl. dazu auch Schneiders Beitrag „Archivare aufgewacht!“. Anmerkungen eines Externen zur gegenwärtigen Situation im deutschen Archivwesen“ in Heft 1/2004 des „Archivar“).

Die weiteren zehn Beiträge stammen von Fachkollegen/innen, die mehr oder weniger spezielle Felder des Leitthemas behandeln. So stellt Gerald Maier das gemeinsame Internetportal für Bibliotheken, Archive und Museen (BAM-Portal) in Baden-Württemberg vor als Form einer gelungenen Kooperation über Fachgrenzen hinweg zum Besten der Nutzer. Die virtuelle Zusammenführung der Bestände dreier unterschiedlicher Typen von Informationsdienstleistern wird als wichtiger Schritt der interdisziplinären Zusammenarbeit und als neue Qualität des Informationszugangs für eine Nutzung herausgestellt.

Über die „Zentrale Datenbank Nachlässe“ im Bundesarchiv berichtet Irene Charlotte Streul. Diese Datenbank ist seit Oktober 2002 im Internet über die Homepage des Bundesarchivs zugäng-

lich und erfasst Nachlässe von 21.600 Personen mit rund 24.000 Beständen (Stand Ende Mai 2003) aus zahlreichen deutschen Archiven aller Sparten. Neben einer laufenden Aktualisierung und Pflege der Datenbank ist demnächst eine gemeinsame Präsentation der Nachweissysteme von Nachlässen der Archive und Bibliotheken in Zusammenarbeit mit der Handschriftenabteilung der Berliner Staatsbibliothek vorgesehen, die zu einer weiteren Verbesserung des Informationszuganges beitragen wird (vgl. <http://kalliope.staatsbibliothek-berlin.de>).

Detlev Heiden gibt in seinem Beitrag einen Werkstattbericht über die Einführung der neuen Archivsoftware scopeArchiv und zieht eine erste Zwischenbilanz auf dem Weg zu einer integrierten IT-Lösung im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt. Trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen während der Umgestaltungsphase der sachsen-anhaltischen Archivlandschaft wurde nach zwei Jahren Vorlauf im Herbst 2001 scopeArchiv eingeführt. Danach ist den Benutzern in einer elf Hauptgruppen umfassenden gemeinsamen Tektonik aller drei Archivstandorte (Abteilungen) ein übergreifender Archivzugang möglich, der auch das Regionalprinzip transparent macht.

Über langfristige archivische Arbeitsplanung und rationellen Ressourceneinsatz in den niedersächsischen Staatsarchiven in Verbindung mit einer Organisations- und Beständeuntersuchung berichtet Bernd Kappelhoff. Dabei wurden Organisation und Ablauf aller archivischen Kernaufgaben als Voraussetzung für nachfolgende Veränderungen der Struktur und Arbeitsorganisation der Staatsarchive genau analysiert. Im Ergebnis zeigte die Einführung der lang-, mittel- und kurzfristigen Arbeitsplanung und die Beseitigung verkrusteter Strukturen bereits nach zwei Jahren insbesondere bei der Erschließung messbare Erfolge.

Einem ganz ähnlichen Thema widmet sich Andreas Hedwig in seinem Aufsatz über die Neue Verwaltungssteuerung der hessischen Staatsarchive. Schrittweise soll hier die gesamte Landesverwaltung auf der Basis der Ko-

sten-/Leistungsrechnung auf das betriebswirtschaftliche Rechnungswesen umgestellt werden, wozu gegenwärtig Vorbereitungen in den Staatsarchiven laufen. Hedwig verschweigt dabei nicht die Probleme und in manchen archivischen Arbeitsfeldern kaum umsetzbaren Vorgaben von betriebswirtschaftlichen Produkt- bzw. Moduldefinitionen.

Katharina Thiemann gibt in ihrem Beitrag „Kommunale Archivberatung und Verwaltungsreform“ zunächst einen Überblick zur Verwaltungsreform in den Kommunen seit den 80er Jahren und den Auswirkungen auf die Kommunalarchive mit Beispielen aus dem Stadtarchiv Dortmund (kommunaler Eigenbetrieb) und der Kreisverwaltung Soest. Allerdings führt die gegenwärtige Verschärfung der kommunalen Finanzkrise dazu, dass Verwaltungsreform vorrangig Leistungs- und Stellenabbau mit den bekannten Folgen für Überlieferungssicherung und -bildung bedeutet. Bessere Überlebenschancen bestehen für die Kommunalarchive nur, wenn sie öffentlichkeitswirksam ihre unverzichtbare Funktion als Dokumentationsstelle und Serviceeinrichtung für Verwaltung und Bürger belegen können.

„Records-Management: Die internationale Diskussion“ lautet der Titel eines Beitrages von Nils Brübach (damals Archivschule Marburg). Nach einer Erläuterung zum Inhalt von Records-Management wendet sich der Autor der Frage zu, ob die internationalen Ansätze und Konzepte auf Deutschland übertragbar sind. Dabei weist Brübach auf die Scharnierfunktion von Records-Management in den Bereichen hin, in denen Aufgaben der Schriftgutverwaltung mit denen der Archivierung verknüpft sind.

Thekla Kluttig stellt in ihrem metaphorähnlich titulierte Aufsatz „Behördliche Schriftgutverwaltung – obskures Objekt der Beratung“ ein wichtiges Feld archivischer Dienstleistungsfunktion am Beispiel Sachsens vor. Zunächst geht sie kritisch der Frage nach, ob der real existierende Archivar wirklich der Experte für die aktuelle behördliche Schriftgutverwal-

lung ist, ob sein Kenntnisstand und seine praktischen Erfahrungen insbesondere mit elektronischen Registraturverwaltungsprogrammen ausreichen, zumal auch dieses Thema in der Fachdiskussion seit Jahren unterbelichtet blieb. Danach stellt Kluttig Formen und Methoden der Behördenberatung und Schulung, der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Schriftgutverwaltung und Einführung IT-gestützter Vorgangsbearbeitung bei den Ministerien des Freistaates sowie Probleme der Vorgangs- und Aktenbildung vor. Resümierend wird festgestellt, dass auch die Archive in große Schwierigkeiten geraten werden, wenn sie sich nicht stärker als nützliche, moderne Einrichtungen ins Bewusstsein ihrer Träger bringen und die Beratung der Behörden in Fragen der Schriftgutverwaltung als Schlüsselfunktion begreifen.

Auch Margit Ksoll-Marcon und Katharina Ernst widmen sich in ihren Beiträgen der Beratung anbieterpflichtiger Stellen. Während sich Ksoll-Marcon den neuen Herausforderungen bei der Behördenberatung im Kontext mit dem Übergang zu digitalen Unterlagen am Beispiel Bayerns zuwendet, berichtet Ernst über die Vorteile der Nutzung von Internet und Intranet für die Behördenberatung im Bereich der Schriftgutverwaltung und belegt dies mit Beispielen aus der Schweiz und Australien.

Kritisch anzumerken bleibt, dass im Unterschied zu anderen Tagungsbänden der Archivschule Marburg auf eine Kurzvita der Autoren verzichtet wurde und eine zumindest ungewöhnliche beitragsübergreifende Durchnummerierung der Anmerkungen erfolgt ist.

Insgesamt bietet die Publikation aufschlussreiche Einblicke in fundamentale Probleme des Archivwesens unserer Tage in einer Periode lang anhaltender Umgestaltung der Gesellschaft und gibt zahlreiche Hinweise für die tägliche Praxis sowie Anregungen für Problemlösungen. Eine weite Verbreitung und Diskussion der Beiträge in Archivarskreisen wäre daher zu wünschen.

*Dr. Gerald Kolditz,
Staatsarchiv Leipzig*